

Indonesien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	10
Militärausgaben	13
Lokale Rüstungsindustrie	14
Streitkräftestruktur	16
Bewaffnung der Streitkräfte	17
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	23
Polizei und andere Sicherheitskräfte	25
Diversität in den Sicherheitskräften	26

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	28
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	28
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	29
Innere Lage im Empfängerland	34
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	36
Bedrohung von Alliierten	38
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	38
Unerlaubte Wiederausfuhr	40
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	41

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland ist neben Südkorea, den USA, Frankreich und Südkorea grundsätzlich ein wichtiger Rüstungslieferant Indonesiens. Besonders die Marine wurde in der Vergangenheit beliefert, wobei es auch zu Verkäufen von Schiffen aus ehemaligen NVA-Beständen kam. Auch U-Boote wurden von Indonesien importiert. Neben Schiffen wurden auch Hubschrauber des Typs MBB Bo-105 geliefert, welche teilweise im Land unter Lizenz gebaut werden, wie auch die Patrouillenboote des Typs PB-57. Das größte Rüstungsgeschäft zwischen Deutschland und Indonesien in jüngerer Zeit stellt der Export von 103 Kampfpanzern vom Typ Leopard 2A6, 42 Schützenpanzern vom Typ Marder 1A2 sowie fünf Büffel- und drei Biber-Panzer dar, der 2013 von der Bundesregierung genehmigt wurde.

Indonesien verfügt über eine eigene Rüstungsindustrie, die hauptsächlich Waffen und Waffensysteme in Lizenz herstellt. Namhafte deutsche Unternehmen – wie zum Beispiel MBB (später DASA bzw. EADS), MTU, Heckler & Koch sowie die Meyer- und Lürssen-Werften – spielten eine maßgebliche Rolle beim Aufbau der indonesischen Rüstungsindustrie, besonders im Bereich der Schiffsbau- und Luftfahrtindustrie. Indonesien ist weltweit regelmäßig unter den Top 10 der größten Exporteure von Pistolen und Revolvern und verfügt mit PT Industri Pesawat Terbang Nusantara über eine bedeutende Flugzeugfabrik in Südostasien. An deutschen Waffensystemen werden unter anderem Heckler & Koch G-3 Gewehre und MP-5 Maschinenpistolen, Bo-105 Hubschrauber und Schnellboote hergestellt. Diese sind bereits auch zur inneren Repression benutzt worden.

Die Streitkräfte Indonesiens sind, im Vergleich zur Größe der Bevölkerung und des Landes, relativ bescheiden, haben aber erheblichen Einfluss. Dies hängt mit der hauptsächlich internen Rolle des Militärs zusammen, die sich auch in der Struktur und Bewaffnung widerspiegelt. Die primäre Aufgabe des Militärs ist weniger die Bekämpfung von Angriffen von außen als vielmehr die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Einheit des Landes – wobei sich diese Rolle mit zunehmenden Spannungen im südchinesischen Meer ändert.

Das Heer ist prinzipiell für einen Einsatz im Inneren, besonders für sogenannte counter-insurgency- beziehungsweise low-intensity-warfare-Einsätze, ausgerüstet. Da Indonesien aus rund 18.000 Inseln besteht, kommt der Marine eine große Bedeutung zu. Hauptaufgaben sind die Sicherung der Schifffahrtswege – insbesondere gegen Piraterie – und die Sicherung der indonesischen Wirtschaftsinteressen in den nationalen Gewässern. Die Marine war aber bis zum Ende der Suharto-Diktatur traditionell gegenüber dem Heer in einer politisch benachteiligten Position. Auffallend ist, dass fast die Hälfte der Schiffe der Marine aus deutscher Produktion (Ost und West) stammt. Deutsche Landungsboote sollen auch im Zuge von Kampfhandlungen im Inneren eingesetzt worden sein. Wie das Heer war auch die Luftwaffe von der Ausrüstung her eher für den internen Einsatz gegen Separatist:innen als für die Luftraumverteidigung gegen externe Angriffe konzipiert. Die Flugzeuge sind teilweise veraltet und teils nur bedingt einsatzbereit. Kampfflugzeuge der Luftwaffe sind zumindest in Ost-Timor und West-Papua bei Kampfeinsätzen eingesetzt worden. Alle drei Teilstreitkräfte – insb. Marine und Luftwaffe – durchlaufen derzeit aber eine umfassende Modernisierung.

Die paramilitärischen Einheiten der Polizei, die mobile Brigade BRIMOB, werden ähnlich wie die Streitkräfte zur internen Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Ihr werden ebenfalls erhebliche Menschenrechtsverletzungen nachgesagt, so insbesondere in den Krisengebieten

Aceh, Ambon, den Molukken, West-Timor, Sulawesi und West-Papua, aber auch bei Einsätzen gegen Demonstrierende in den Ballungszentren. Bei diesen Einsätzen – besonders auf den Molukken – ist es in der jüngeren Vergangenheit auch zu Kämpfen zwischen BRIMOB- und TNI-Einheiten gekommen.

Das indonesische Militär sieht sich als der wahre „Hüter der Nation“, gilt aber gleichzeitig als einer der größten Instabilitätsfaktoren der Region. Die in der Verfassung verankerte gesellschaftspolitische Rolle des Militärs wurde während der Suharto-Diktatur so weit ausgebaut, dass sie die bestimmende Macht im Land wurden. Dies gilt auch für große Teile der Wirtschaft. Sowohl das Militär als auch die Polizei gelten als korrupt und ihnen werden erhebliche Menschenrechtsverletzungen nachgesagt, u. a. von den Untersuchungsbehörden der UN, welche die Gräueltaten in Ost-Timor 1999 untersuchten. Sowohl ehemalige als auch aktive Mitglieder der Sicherheitskräfte haben erheblichen Einfluss in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Indonesien ist mehreren zentralen Abrüstungsabkommen beigetreten, nicht jedoch dem Verbot bestimmter konventioneller Waffen, der Konvention zur Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, dem Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden. Ebenso wie dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021.

Das Übereinkommen über Streumunition von 2010 hat das Land unterschrieben aber nicht ratifiziert; auch dem ATT ist das Land bisher nicht beigetreten.

Indonesien ist den meisten Menschenrechtsabkommen beigetreten. Der Beitritt zu den meisten Verträgen garantiert aber natürlich nicht deren Umsetzung – so kommt es Jahre nach dem Beitritt zum Übereinkommen gegen Folter weiterhin zu zahlreichen Fällen von Folter und Misshandlungen seitens der Sicherheitskräfte, welche nicht gerichtlich geahndet werden. Die Menschenrechtslage in Indonesien ist besonders in den Gebieten Aceh, West-Papua, Ambon, den Molukken, Sulawesi und West-Timor schlecht. Menschenrechtsorganisationen verweisen auch 2023 darauf, dass die indonesische Regierung regelmäßig grundlegende politische und bürgerliche Rechte verletzt, was insbesondere benachteiligte Gruppen betrifft, auf Basis von Religion, Ethnie, sozialen Faktoren, Gender und sexueller Orientierung. Hinzukommen Menschenrechtsverletzungen, die von islamistischen Gruppen gegen religiöse Minderheiten, Frauen und Mädchen und LGBTQIA+ Personen begangen werden und die von den Behörden regelmäßig ignoriert werden. Es wird vermutet, dass sich dieser Trend möglicherweise durch ein neues Gesetz verstärkt wird. 2023 wurde durch die indonesische Regierung ein neues Strafgesetzbuch verabschiedet, welches 2026 in Kraft treten soll. Es schränkt gezielt die Redefreiheit und die Glaubensfreiheit ein, richtet sich aber auch gegen benachteiligte Gruppen.

Die regionale Stabilität Südostasiens wird durch die interne Instabilität Indonesiens, des größten Landes der Region, gefährdet. Die internen Konflikte des Landes, welche zur Entstehung von regionalen Bürgerkriegsökonomien führten, die teilweise auf eigene Rechnung agierenden Sicherheitskräfte sowie die Aktivitäten nicht-staatlicher Gewaltakteure (wie z. B. mutmaßlicher Mitglieder des al-Qaida-Netzwerkes) haben negative Konsequenzen für die gesamte Region. Die organisierte Kriminalität ist ein gewichtiges Problem in Indonesien, einschließlich Piraterie, Waffenschmuggel, Drogenhandel und Handel mit illegal gefälltem Tropenholz. Die größte Gefahr bei der unerlaubten Wiederausfuhr liegt im Bereich der Kleinwaffen, welche auch im Land in Lizenz produziert werden. Diese werden zum Beispiel von

Mitgliedern der indonesischen Sicherheitskräfte entweder direkt an regierungstreue, nicht-staatliche Gewaltakteure (z. B. Milizen) weitergegeben oder auch verkauft.

Der größte zwischenstaatliche Konflikt der Region betrifft die Spratley- und Paracel-Inseln. Die Hegemonialbestrebungen der Volksrepublik China sowie Australiens werden von den anderen Staaten der Region mit Misstrauen beobachtet. Indonesien ist einigen zentralen internationalen Anti-Terrorismus-Abkommen nicht beigetreten. Seit dem 11. September 2001 wurde die indonesische Regierung mehrfach von den Nachbarstaaten ermahnt, gegen mutmaßliche islamistische Extremist:innen im Lande vorzugehen. Diese Mahnungen stießen jedoch auf mehr oder weniger taube Ohren. Die Situation änderte sich dramatisch mit den Bombenanschlägen am 12. Oktober 2002 auf Bali. Seitdem gehen indonesische Ermittler:innen zusammen mit ausländischen Expert:innen gegen einheimische militant-islamistische Gruppen vor. Nach den Anschlägen von Bali wurde auch ein neues, weitreichendes Anti-Terrorismus-Gesetz verabschiedet, von dem jedoch Menschenrechtsgruppen zeigten, dass es gegen politische Gegner:innen missbraucht wurde. Ähnlich verhält es sich mit dem Anti-Terrorismus-Gesetz aus dem Jahr 2018, mit welchem zwar einige Verbesserungen des Gesetzes geschaffen wurden, das aber nach wie vor durch eine zweideutige Definition von Terrorismus die Möglichkeit zulässt, unliebsame politische Aktivist:innen zu verfolgen.

Indonesien gehört mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 4.910 US-Dollar zu den upper-middle income economies. Das Land hat keine ausstehenden Kredite beim IWF und weist mit einer Verschuldungsquote von 40,1 % des Nationaleinkommens keine übermäßig hohe Auslandsverschuldung auf. Allerdings liegt der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei mit 12,6 % am BIP relativ hoch (zeugt von einer gewissen Vulnerabilität hinsichtlich des Klimawandels). Die Arbeitslosenquote ist niedrig (3,3 %), die Inflation auch (2,2 %). Indonesien gehört mit einem HDI-Wert von 0,728 knapp zur Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Bezug auf die Sustainable Development Goals (SDG) ist das Land ebenfalls recht gut aufgestellt und erreicht Rang 77 von 167 im weltweiten Ranking. Mit 0,8 % seines BIP gibt Indonesien vergleichsweise wenig für sein Militär aus. Auch konnte das Land Erfolge in Bildungs- und Gesundheitspolitik erreichen – nichtsdestotrotz sind auch die Gesundheits- und Bildungsausgaben mit 2,7 respektive 1,3 % am BIP sehr gering. Im Globalen Militarisierungsindex liegt Indonesien jedoch auf Rang 120 und liegt damit gerade so an der Schwelle zu „sehr schwach militarisiert“ (derzeit (2025) gilt es als „schwach militarisiert“).

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Kriegsschiffe: 99,4 %	2,6
2000	Sport- und Jagdgewehre: 75,8 %; Teile für Kommunikationsgeräte: 13,4 %	0,03
2001	Teile für U-Boote und Sonarsysteme: 99,5 %	1,04
2002	Teile für Trainingsflugzeuge: 55,7 %; Splitterschutzanzüge: 42,6 %	0,23
2003	Teile für aus Deutschland gelieferte U-Boote, Überwachungsfahrzeuge, Sonar- und Navigationsausrüstung: 72,1 %; Software für Simulations- und Ausbildungsausrüstung: 27,2 %	17,1
2004	Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, Lenk- und Navigationsausrüstung: 98,2 %	45,47
2005	Teile für Torpedos: 44,7 %; Schiffskommunikationssysteme, Anzeigebildschirme und Teile für Schiffskommunikationssysteme, Flugfunkgeräte, Kreiselkompassanlagen: 21,8 %; Fertigungsunterlagen für Torpedoteile und Schnittstellendokumentation für Sonar- und Radarsysteme: 20,4 %	24,89
2006	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Wanderfeldröhren und Teile für Kommunikationsausrüstung: 75,5 %; Hubschrauber, Fallschirme und Teile für Trainingsflugzeuge: 9,4 %	11,17
2007	Torpedos und Teile für Torpedos: 44,4 %; Kommunikationsausrüstung, Drehkupplungen und Teile für Kommunikationsausrüstung: 27,2 %; Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 13,7 %	4,12
2008	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 69,5 %	7,74
2009	Teile für Torpedos: 14,3 %; Maschinenpistolen, Sportpistolen, Sportrevolver und Teile für Maschinenpistolen, Sportpistolen, Sportrevolver: 35,6 %; Panzerstahlblech: 26,7 %; Teile für selbstfahrende Bohrgeräte und gepanzerte Fahrzeuge: 10,2 %; Tauchgeräte und Teile für Tauchgeräte: 8,0 %	1,5
2010	Sonaranlagen und Teile für U-Boote: 48,5 %; Kommunikationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung: 28,5 %;	5,91

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Teile für gepanzerte Fahrzeuge und Landfahrzeuge: 5,6%	
2011	Kommunikationsausrüstung, Wanderfeldröhren und Teile für Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 40,6% Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 24,4% Teile für U-Boote und Echolotanlagen: 14,4% Teile für Bordwaffensteuersysteme: 9,9%	9,18
2012	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge: 29,1 % Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen: 20,4 % Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Baugruppen, Stromversorgungen: 19,2 % Geschoßtransferpresse und Blitzlampentestgerät: 13,7 %	9,45
2013	Kampfpanzer, Schützenpanzer, Bergepanzer, Pionierpanzer, Brückenlegepanzer, Sattelaufleger und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländefahrzeuge: 60,2 % Unterwasserortungsgeräte und Teile für U-Boote, Patrouillenboote, Schiffe, Unterwasserortungsgeräte: 11,1 % Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielentfernungsmesssysteme: 7,3 % Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 7,0 %	295,71
2014	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Fregatten, Korvetten, Patrouillenboote: 63,6% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung: 22,3%	108,45
2015	Abfeueeinrichtungen, Wartungsausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge und Teile für Torpedos: 34,8% Echolotanlagen, Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 26,8% Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen, Regelausrüstung für Stromversorgungen: 11,6% Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Geländefahrzeuge: 9,2%	36,50
2016	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 27,3% Teile für U-Boote: 21,4% U-Boot Ausbildungsausrüstung: 11,9% Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Sportpistolen, Schalldämpfer, Magazine, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen: 11,0% Teile für Torpedos und Flugabwehrsysteme: 8,0%	23,11

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Fahrgestelle für gepanzerte Radfahrzeuge, Sattelaufleger und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Geländefahrzeuge: 7,0%	
2017	Amphibische Fahrzeuge und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge: 71,8% Kamerabaugruppen, Kommunikationsausrüstung, Prüfausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satelliten-Navigationssystemen und Teile für Radarausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 11,2%	107,96
2018	Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation und Teile für Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation: 36,7% Munition für Kanonen und Scheinzielpatronen: 25,0% Technologie für militärische Ausrüstung: 10,6% Luftfahrtscheinziele und Teile für Torpedos, Abfeuerausrüstung: 7,4% Herstellplattform für Transportflugzeuge: 7,1%	21,10
2019	Minenjagdboote und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte: 90,6%	201,81
2020	Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 67,8% Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Unterwasserortungsgeräte: 8,3% Munition für Maschinenpistolen, Revolver, Pistolen, Scheinzielpatronen und Teile für Mörsermunition: 7,9%	56,95
2021	Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Steuerausrüstung für Stromversorgung: 79,7% Fallschirmsprungsimulationssysteme und Teile für U-Boot-Simulator: 8,1%	29,00
2022	Ozeanographieschiff und Teile für Ozeanographieschiffe: 98,3%	124,68
2023	Technologie für Ozeanographieschiffe: 44,7% Teile für U-Boote, Ozeanographieschiffe und Unterwasserortungsgeräte: 38,0%	26,85
2024	Feuerleiteinrichtungen, Ortungsvorrichtungen und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffensteuersysteme: 46,7% Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Kampfpanzer und LKW: 23,3% Bodengeräte, Fallschirme und Teile für Flugzeuge, Fallschirme: 12,2%	38,66

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2000-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

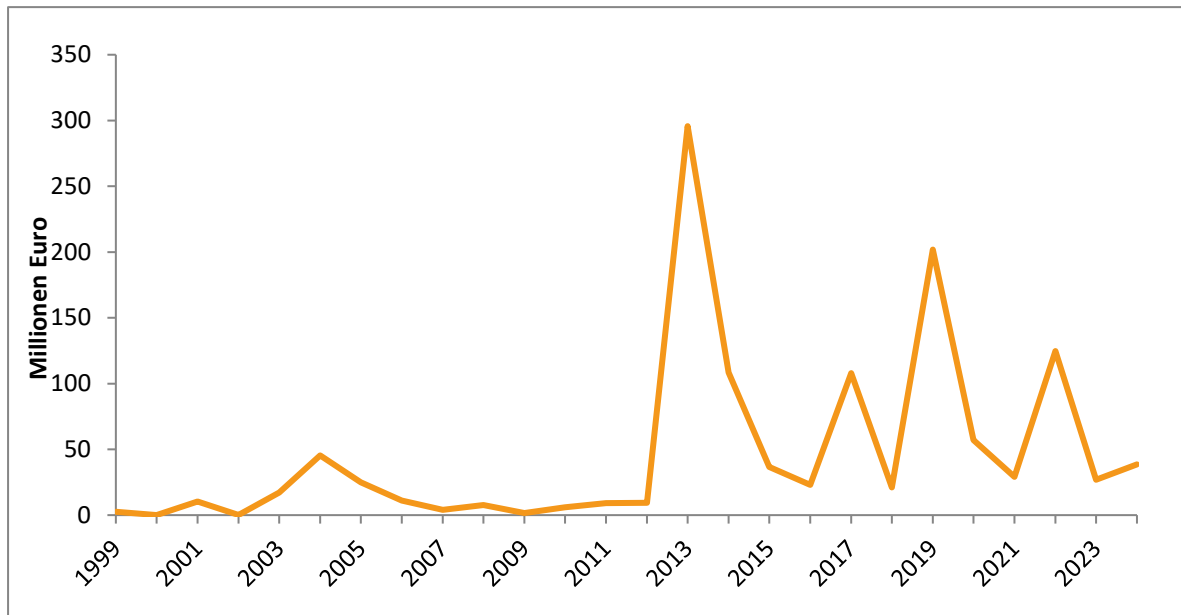
Deutsche Rüstungsexporte, 2000–2024

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Indonesien 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(57)	Bo-105	Leichter Hubschrauber	1976	1977-2011	(57)	neuwertig
4	PB-57	Patrouillenboot	1993	2000-2004	4	neuwertig
12	TBD-620	Dieselmotor	(1999)	2000-2005	(12)	neuwertig
12	MTU-4000	Dieselmotor	(2000)	2000-2005	(12)	neuwertig
(24)	D2862	Dieselmotor	(2009)	2011-2014	(24)	neuwertig
18	G-120TP	Ausbildungsflugzeuge	2011	2013-2014	(18)	neuwertig
3	KaleidoScope	U-Boot Sonar	2011	2017-2021	3	neuwertig
(12)	MTU-4000	Dieselmotor	(2011)	2014-2023	12	neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
12	MTU-493	Dieselmotor	2011	2017-2021	12	neuwertig
2	BPz-2	Bergepanzer	2012	2015	(2)	gebraucht
3	BrPz-1 Biber	Brückenlegepanzer	2012	2015-2016	3	gebraucht
3	Buffel	Bergepanzer	2012	2016	(3)	gebraucht, modifiziert
61	Leopard-2A4	Panzer	2012	2016-2017	61	gebraucht, modernisiert
42	Leopard-2A4	Panzer	2012	2013-2015	42	gebraucht
(42)	Marder-1A3	Schützenpanzer	2012	2013-2015	(42)	gebraucht, evtl. modernisiert
37	OM-366	Dieselmotor	2012	2014-2015	(37)	neuwertig
3	PiPz-1	Pionierpanzer	2012	2016	3	gebraucht
6	G-120TP	Ausbildungsflugzeuge	(2014)	6	2015	neuwertig
18	OM-366	Dieselmotor	2017	2019-2020	18	neuwertig
6	G-120TP	Ausbildungsflugzeuge	(2017)	6	2018	neuwertig
2	MHV-60	Minensuchboot	2019	2023	2	neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland war lange Zeit ein wichtiger Rüstungslieferant Indonesiens und ist es auch aktuell. Besonders die Marine wurde von Deutschland beliefert, wobei es auch zu Verkäufen von Schiffen aus ehemaligen NVA-Beständen kam. Ebenfalls lieferte Deutschland verschiedene Motoren für Fahrzeuge und Schiffe, die Indonesien aus anderen Staaten bezog. Umgekehrt wurden auch U-Boote aus Indonesien nach Deutschland exportiert. Außer Schiffen lieferten deutsche Hersteller auch Hubschrauber des Typs MBB Bo-105, welche teilweise im Land unter Lizenz produziert werden. Neben dem Patrouillenboot des Typs PB-57 wird auch die Maschinenpistole MP-5 von Heckler & Koch in Lizenz hergestellt, wobei die Lizenz möglicherweise illegal über die türkische MKEK vermittelt wurde.

Zwischen den Jahren 2003 und 2005 war ein erheblicher Anstieg der deutschen Rüstungsexporte nach Indonesien zu verzeichnen. Dies geht vor allem auf Lieferungen von Unterwasserortungsgeräten, Teilen für U-Boote und Überwachungsfahrzeuge, Lenk- und Navigationsausrüstung aus Deutschland zurück. Ein wichtiges Geschäft konnte der deutsche Flugzeugbauer Grob Aircraft mit der indonesischen Luftwaffe abschließen. Bereits 2011 einigte man sich auf die Lieferung von bis zu 18 Trainingsflugzeugen des Typs G120TP. Die indonesische Luftwaffe war damit der erste Kunde des Unternehmens, der das neu konzipierte Flugzeug

dieses Typs in Betrieb nahm. In den Jahren 2014 und 2017 wurden dann jeweils sechs weitere Exemplare des Trainingsflugzeugs geordert und jeweils im Folgejahr ausgeliefert.

Im August 2012 wurde bekannt, dass Indonesien Interesse am Kauf von bis zu 100 Leopard 2A6 Panzern aus den Beständen der Bundeswehr hat. Ursprünglich wollte die indonesische Regierung die Panzer aus den Niederlanden beschaffen. Parlamentarische Vorbehalte in den Niederlanden verhinderten jedoch ein solches Geschäft. 2013 erteilte die Bundesregierung dem Produzenten Rheinmetall dann eine Exportlizenz für insgesamt 164 gepanzerte Fahrzeuge, wodurch die deutschen Rüstungsexportgenehmigungen nach Indonesien mit einem Umfang von fast 300 Millionen Euro einen neuen Höhepunkt erreichten. Dazu zählten 103 Leopard 2A6, 42 Marder 1A2 Schützenpanzer, fünf Bergepanzer (Büffel sowie BPz-2) sowie drei Brückenlegepanzer. Im Zuge des Abkommens der indonesischen Regierung mit Krauss-Maffei Wegmann zur Modernisierung der Panzer, wurden die 103 Leopard Kampfpanzer zu der Revolution Variante (*Urban Warfare*) aufgerüstet.

2018 genehmigte die Bundesregierung die Lieferung von zwei Minenjagdbooten der Frankenthal-Klasse (Type-332), produziert von der deutschen Abeking & Rasmussen und Lürssen Werft. Diese wurden 2023 ausgeliefert. Medienangaben zufolge betrug das Auftragsvolumen rund 204 Millionen US-Dollar. Einer älteren Version der SIPRI-Datenbank zufolge soll 2019 zudem ein Geschäft über drei weitere KaleidoScope U-Boot-Sonare sowie 12 MTU-493 Dieselmotoren abgeschlossen worden und 2021 acht TP 400-D6 Propellerturbinen-Triebwerke geordert worden sein. Diese Bestellungen sind in einer aktuellen Datenbankabfrage (Mai 2025) aber nicht mehr gelistet. Nichtsdestotrotz führt der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das Jahr 2023 die Ausfuhr von Unterwasserortungsgeräten auf. Ob diese die vermeintlich geordneten Sonare darstellen könnten, ist allerdings unklar.

2021 beliefen sich die Antragsentscheide mit 55 Genehmigungen und keinen Ablehnungen auf einen Gesamtwert von rund 29 Millionen Euro. Besonders elektronische Kommunikations-, Navigations- und Verschlüsselungsausrüstungen sowie Fallschirm- und U-Boot-Simulatoren wurden genehmigt. 2022 wurden insgesamt 27 Ausfuhrgenehmigungen nach Indonesien im Gesamtwert von 124,68 Millionen Euro bewilligt. Diese umfassten ein Ozeanographieschiff samt Teilen. Eine Ausfuhr wurde unter Verweis auf Kriterium 7 (Risiko der Abzweigung bzw. der unerlaubten Wiederausfuhr) abgelehnt. 2023 lagen die Exportgenehmigungen bei 26,85 Mio. Euro und umfassten erneut maritime Rüstungsgüter.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Indonesien 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	282	366	86	390	186	1310

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

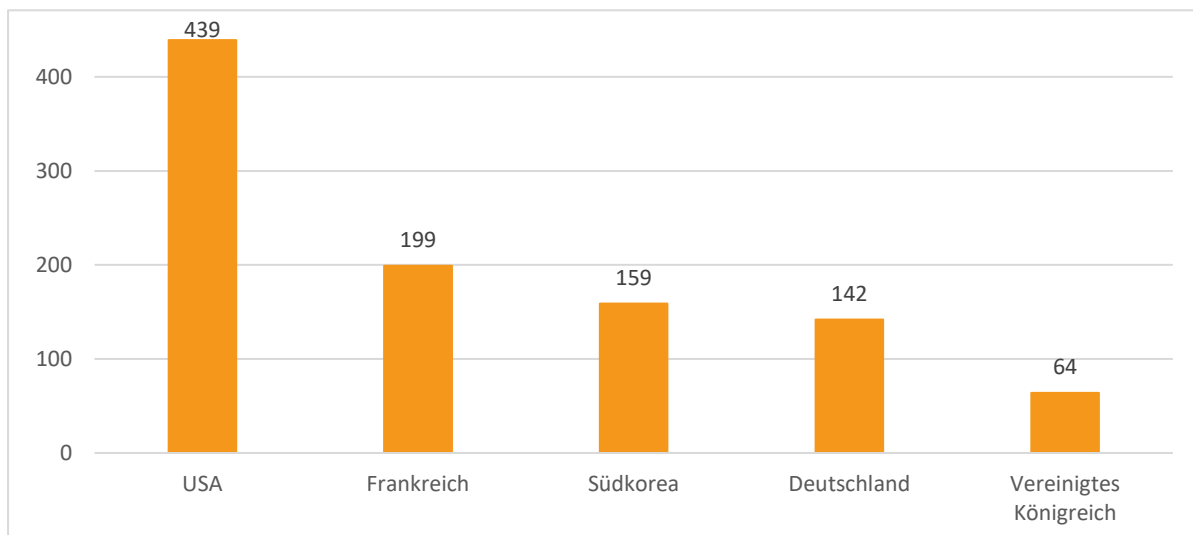
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Indonesien 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	0	21	-	121	-	142

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2025) nahm Indonesien zwischen 2020 und 2024 die 28. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigste Lieferanten für Indonesien im genannten Zeitraum waren die USA (33 % der gesamten indonesischen Waffenimporte), Frankreich (15 %), Südkorea (12 %), Deutschland (11 %) und das Vereinigte Königreich (4,9 %). Grundsätzlich kauft Indonesien aber bei einer sehr großen Anzahl verschiedener Länder ein, sodass dieses Ranking regelmäßig von anderen Ländern belegt wird.

Angesichts zunehmender territorialer Spannungen im südchinesischen Meer soll insbesondere die Marine umfassend verstärkt werden. In Südkorea kaufte Indonesien 2011 bspw. drei U-Boote vom Typ-209/1400, die zwischen 2018 und 2021 geliefert wurden – eins zur Produktion unter Lizenz. 2019 lieferte Südkorea zudem eine LPD-122m Landungsplattform zur Lizenzproduktion, 2020 60 Chiron Boden-Luft-Raketen und zwischen 2021 und 2022

bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

vermutlich drei Ausbildungsflugzeuge vom Typ KT-1B Woongbi. 2019 schloss Indonesien mit Südkorea zudem ein Geschäft über 1 Mrd. US-Dollar über drei weitere U-Boote des gleichen Typs, von denen ebenfalls eines in Lizenz produziert werden sollte. 2020 wurde allerdings bekannt, dass die indonesische Regierung den Kauf überdenke. Es ist davon auszugehen, dass ein entsprechendes Akkreditiv seitens Indonesien nie unterzeichnet wurde. Im April 2024 wurde zudem bekannt, dass zwei Scorpène-Evolved U-Boote aus Frankreich bestellt wurden, welche vollständig in Indonesien gebaut werden sollen. Der entsprechende Vertrag soll einen Wert von rund 2,1 Mrd. Dollar umfassen. Eine zusätzliche Bestellung weiterer südkoreanischer U-Boote ist daher eher unwahrscheinlich, zumal bis zu sechs U-Boote französischer Bauart im Gespräch sein sollen.

Im Zuge einer partiellen Modernisierung bestehender Waffensysteme lieferte Frankreich außerdem 2014 37 CAESAR-155mm Haubitzen sowie 136 Mistral Boden-Luft-Raketen. Auch Helikopter (vornehmlich leichte, Transport- und U-Boot-Abwehr-Helikopter) wurden geliefert oder stehen zur Lieferung aus. Als ein wichtiger potenzieller Kauf aus Frankreich gelten die 42 im Jahr 2021 ausgewählten Rafale F4 Kampfflugzeuge. Der Deal umfasst etwa 8,1 Mrd. US-Dollar, die offizielle Bestellung steht allerdings noch aus. Bis Ende 2022 wurden erst sechs offiziell geordert welche ab 2026 ausgeliefert werden sollen. Französische Lieferungen nach Indonesien sehen zu großen Teilen auch die Produktion von Teilen in Indonesien vor.

Für die USA ist Indonesien aufgrund seiner geographischen Lage und geopolitischen Bedeutung ein wichtiger Partner mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum. Dass sich die Beziehungen nach den 2005 aufgehobenen Sanktionen wieder verbessern, zeigen u.a. umfassende Rüstungsexporte aus den USA und die Tatsache, dass die USA mittlerweile zum größten Lieferanten von Rüstungsgütern geworden sind. So stifteten die USA zwischen 2014 und 2017 24 gebrauchte F-16C Kampfflugzeuge und lieferten seither acht Apache-Kampfhubschrauber, leichte und bewaffnete Hubschrauber (bspw. vier Bell-505 und neun Bell-412), Transportflugzeuge, Luftsuchradare und Sonargeräte zur U-Boot-Abwehr, mehr als 300 Panzerabwehrraketen, 250 Luft-Luft-Raketen und eine Reihe von Triebwerken und Dieselmotoren. Seit 2021 wurden zudem zehn von 14 geordneten ScanEagle Drohnen geliefert. 2023 bestellte Indonesien 24 S-70 Blackhawk Transporthubschrauber in den USA, von denen zum jetzigen Stand noch keines geliefert worden ist.

Aus dem Vereinigten Königreich bestellte Indonesien 2021 zwei neuwertige Type-31 Fregatten, welche ebenfalls als Lizenzbauten in Indonesien gefertigt werden sollen. 2012 orderte Indonesien 1000 Luft-Boden-Raketen des Typs Starstreak, von denen im Zeitraum von 2018-2023 bereits 496 Stück geliefert wurden und zwei Jahre später (2014) zehn entsprechende Startsysteme (Forceshield), von denen bisher sieben geliefert wurden.

In den vorangegangenen Perioden waren auch China und Russland wichtige Lieferanten: China lieferte vornehmlich Marinegeschütze (zehn NG-18 und zwei Type-825), eine Reihe verschiedener Raketen (bspw. Luft-Boden-Raketen – je 40 AR-1 und AR-2 – 125 Schiffsabwehrraketen, 200 Boden-Luftraketen) sowie einige verschiedene Radarsysteme. Im Mai 2016 unterzeichnete Indonesien zudem einen Vertrag über die Lieferung von acht Sukhoi-Su-35 Kampffjets aus Russland, die seit 2017 insbesondere die fünf veralteten F-5 Jets ersetzen. Ferner beabsichtigte Indonesien zeitweise den Erwerb von zwei russischen U-Booten der Kilo-Klasse sowie mehrerer amphibischer Flugboote des Modells Beriev.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

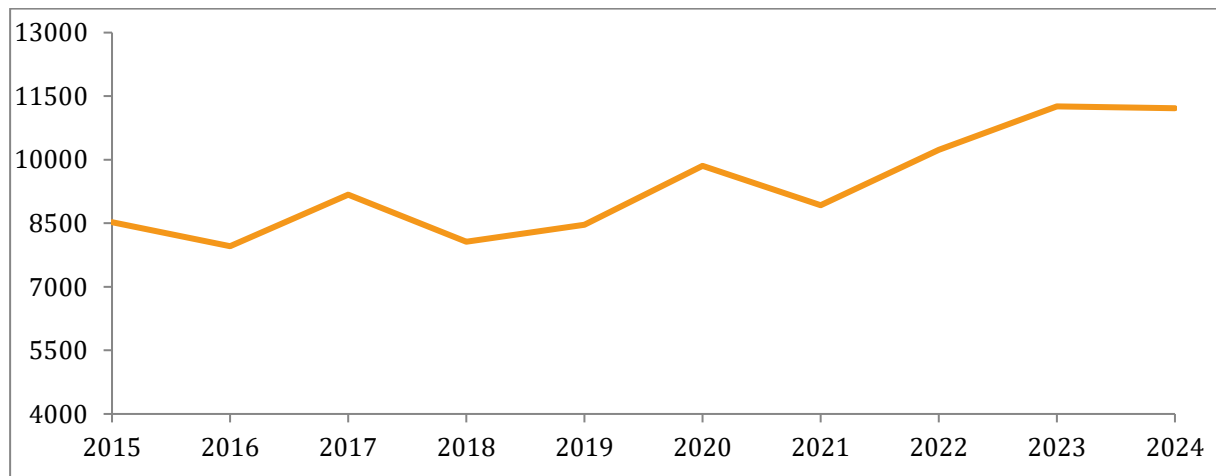
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9856	8926	10236	11259	11214
Anteil am BIP (in Prozent)	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	4,8	4,1	4,4	4,9	4,6

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

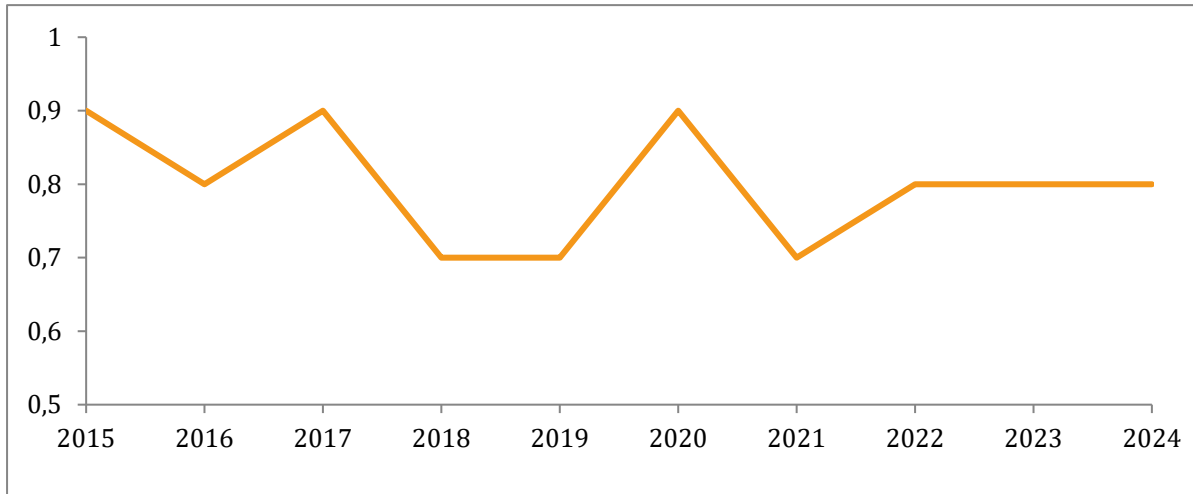
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Kommentar

Die offiziell ausgewiesenen Militärausgaben sind im internationalen Vergleich eher gering. Allerdings sind diese Zahlen nur sehr bedingt aussagefähig. Die offiziellen Angaben beinhalten bspw. keine Daten zu Pensionszahlungen an Militärs. Nach Schätzungen machen die im Staatshaushalt enthaltenen Ausgaben weniger als die Hälfte, vielleicht nur ein Drittel der Aufwendungen aus, die insgesamt für militärische Zwecke zur Verfügung stehen. Der Rest wird teilweise auch durch wirtschaftliche Aktivitäten der Streitkräfte finanziert, die nicht im Haushalt wiedergegeben sind. Angesichts dieser Intransparenz liegen die Militärausgaben schätzungsweise bei drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Schätzungen von Janes Defense zufolge soll der Anteil der Militärausgaben im Jahr 2022 rund 5 Prozent der Staatsausgaben betragen haben – rund 47 Prozent hiervon sollen in die Landstreitkräfte, 18 Prozent in die Marine und 14 Prozent in die Luftwaffe fließen. Von SIPRI wird die Höhe der außerbudgetären Mittel hingegen als gering eingeschätzt.

Lokale Rüstungsindustrie

Indonesien verfügt über eine eigene Rüstungsindustrie, die hauptsächlich Waffen und Waffensysteme in Lizenz herstellt. Namhafte deutsche Unternehmen – wie z. B. MBB (später DASA bzw. EADS), MTU, Heckler & Koch sowie die Meyer- und Lürssen-Werften – haben eine maßgebliche Rolle beim Aufbau der indonesischen Rüstungsindustrie, besonders im Bereich der Schiffsbau- und Luftfahrtindustrie, gespielt. So wurden etwa die Schnellboote der Singa-Klasse, die von der PT PAL Surabaya-Werft gebaut wurden, von der Bremer Lürssen-Werft entworfen. Auch die Tatsache, dass Friedrich Lürssen von 1994 bis 2014 Honorarkonsul Indonesiens in Bremen war, verdeutlicht die engen Beziehungen.

Zwischen 1980 und 1996 wurden in Indonesien Unterwassertorpedos und Materialpakete von AEG und STN-AE in Lizenzproduktion hergestellt. Im Bereich der Kleinwaffen wurden u. a. deutsche Heckler & Koch G-3 Gewehre, italienische Beretta Maschinenpistolen, belgische 9mm HP Browning Pistolen und 5,56mm FNC Gewehre von FN Herstal in Lizenz von PT Pindad produziert. Darüber hinaus verfügt das Land mit PT Industri Pesawat Terbang Nusantara über die einzige eigenständige militärische Flugzeugfabrik Südostasiens. Diese stellt u.a. Hubschrauber und Flugzeuge in Lizenz her (z. B. die deutsche Bo-105, die französische Super Puma, die spanische CASA C-212 und die US-amerikanische Bell 412) sowie Waffensysteme wie Feuerleitgeräte, Raketenwerfer, Lenkkörper und Torpedos. Gegründet wurde die Firma 1974 vom damaligen Luftfahrtminister und späteren Präsidenten BJ Habibie, u. a. unter Mitwirkung von MBB, deren Bo-105 das erste unter Lizenz gebaute Produkt war. Die indonesische Luftfahrtindustrie konnte eine Einigung mit EADS über die Produktion des C-212-400 Militärtransporters erreichen, welcher gemeinsam mit Spanien produziert wird. Dies stellt eine Verbesserung des derzeit in Indonesien produzierten C-212-200 dar, womit bessere Vermarktungsmöglichkeiten im südostasiatischen Raum bestehen. Bereits 2009 implementierte die indonesische Regierung einen Ansatz, der nationale Sicherheitskräfte dazu drängte, ihren Rüstungsbedarf in den kommenden Jahren bei nationalen Unternehmen zu kaufen. Ziel der Regierung ist es, die nationale Rüstungsindustrie zu stärken. Mit einem Memorandum of Understanding zwischen dem Verteidigungsministerium, dem Wirtschaftsministerium, der Armee und der Polizei soll gezielt die Rüstungsindustrie weiterentwickelt und besonders die vier großen Rüstungsunternehmen PT PAL (Schiffe), PT Pindad (Panzer, Klein- und Leichtwaffen sowie Munition), PT Dirgantara (Flugzeuge und Helikopter) und PT Dahana (Sprengstoff) gefördert werden. Infolgedessen hat bspw. PT Dirgantara Ende 2019 den im Inland entwickelten Prototyp einer kampffähigen MALE-Drohne (Medium Altitude Long Endurance) mit dem Namen Elang Hitam präsentiert.

In ihrem Modernisierungsplan (MEF) des Militärs für den Zeitraum 2020-2024 betont die indonesische Regierung ihre Priorität, den Bedarf an Militärausrüstung und Rüstungsgütern zunächst lokal zu decken und lediglich dann auf Importe zurückzugreifen, wenn es lokal nicht möglich sei. Zu den Prioritäten der anvisierten einheimischen Produktionen gehören etwa Offshore-Patrouillenschiffe, Landungsplattformen, schnelle Angriffsboote, mittlere Transporthubschrauber, mittlere Panzer Harimau, Schützenpanzer Pandur II und Panzerhaubitzen. Im Zuge des Programms hat die indonesische Marine bspw. auch im März 2021 feierlich das letzte von drei bestellten Alugoro U-Booten des staatlichen Schiffbauers PT PAL entgegengenommen. Die Regierung Widodos betonte in ihrer Priorisierung der Weiterentwicklung der inländischen Rüstungsindustrie gleichzeitig mit internationalen Partnern zusammenarbeiten zu wollen. So hat Indonesien in jüngerer Zeit verstärkt Verteidigungsabkommen mit anderen Staaten abgeschlossen, um den Rüstungshandel und die industrielle Zusammenarbeit zu vertiefen. Auch gab die indonesische Regierung im September 2020 bekannt, mit Schweden eine Vereinbarung getroffen zu haben, die u. a. einen Informationsaustausch, einen Technologietransfer und gemeinsame Forschung und Entwicklung (F&E) enthält. Hinzu sollen gemeinsame Projekte in den Bereichen Militärtechnologie, Logistik sowie Wartung, Reparatur und Überholung kommen. Im März 2021 hat Indonesien außerdem ein Abkommen mit Japan abgeschlossen, das die Kooperation beider Rüstungsindustrien stärken sowie den Modernisierungsplänen für die Streitkräfte, insbesondere mit Blick auf maritime Bestrebungen, dienen soll. Ebenfalls im März 2021 wurde bekannt, dass Indonesien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) die Kooperation ihrer Rüstungsindustrien stärken wollen. So sollen u. a. das indonesische Unternehmen PT Pindad und das Unternehmen Caracal aus den VAE

in der Produktion des CAR816 (5,56 mm) Sturmgewehres von Caracal und der Herstellung des SM3 (5,56 mm) Maschinengewehres von PT Pindad zusammenarbeiten.

Durch die Förderung der lokalen Rüstungsindustrie hat Indonesien seine Kompetenzen und Kapazitäten im letzten Jahrzehnt noch einmal deutlich gesteigert, auch wenn es hinsichtlich der Kompetenzen seiner Rüstungsindustrie in den Bereichen der hochentwickelten Technologien und der Design- und Entwicklungskompetenzen nach wie vor weitestgehend von ausländischer Unterstützung abhängig ist. Entsprechend werden viele Großwaffensysteme in Lizenz hergestellt.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja, 24 Monate (selektiv)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

404.500 aktiv, davon:

Heer: 300.400

Marine: 74.000

Luftwaffe: 30.100

Reserve: 400.000

Paramilitärische Einheiten: 290.250, davon:

Polizei: ca. 280.000 (inkl. 14.000 der mobilen Brigade BRIMOB)

KPLP (Coastal and Seaward Defence Command): ca. 9.000

Bakamla (Maritime Sicherheitskräfte): 1.250

Kamra (Volksschutz, Reserve): ca. 40.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	395,5	395,5	395,5	395,5	395,5	395,5	395,5	404,5	404,5
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc Berechnungen)	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Zwar sind die Streitkräfte Indonesiens im Vergleich zur Größe der Bevölkerung und des Landes relativ bescheiden, dennoch stellen sie die größten Streitkräfte innerhalb Südostasiens dar. Auch haben sie erheblichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Dies hängt mit der hauptsächlich internen Rolle des Militärs zusammen, die sich auch in der Struktur und Bewaffnung widerspiegelt. Die primäre Rolle des Militärs lag viele Jahrzehnte weniger in der Bekämpfung von Angreifern von außen, sondern vielmehr in der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Einheit des Landes. Diese interne Rolle ist verfassungsrechtlich verankert, wobei es nach dem Ende der Suharto-Diktatur gewisse Bestrebungen gab, die Rolle des Militärs in der Gesellschaft zu beschränken. Ein erster wichtiger Schritt war 1999 die Trennung von Polizei (Kepolisian Negara Republik Indonesia, POLRI) und Militär (Tentara Nasional Indonesia, TNI).

Angesichts neuer externer Sicherheitsherausforderungen, wie dem transnationalen Terrorismus, der Piraterie, der illegalen Fischerei sowie den zunehmenden Auseinandersetzungen mit China über Fischereirechte, hat in Jakarta ein Umdenken stattgefunden. Das Militär ist strategisch nun in stärkerem Maße auf die Landesverteidigung (insbesondere auf die Kontrolle indonesischer Gewässer) ausgerichtet und befindet sich seit 2010 in einem Modernisierungsprozess (2025 noch in vollem Gange), der besonders die Luft- und Seestreitkräfte betrifft und eigentlich bis 2024 abgeschlossen werden sollte. Laut IISS hat noch keine Teilstreitkraft ihre Ziele erreichen können. Stattdessen wird derzeit ein neuer 25-Jahres-Modernisierungsplan erarbeitet. Im Zuge der Modernisierung sollen auch drohnen- und satellitengestützte Fähigkeiten zur Aufklärung aufgebaut sowie neue Waffensysteme wie Kampfflugzeuge und ballistische Raketen- und Luftverteidigungssysteme, aber auch U-Boote beschafft werden. Auch sollen neue Regionalkommandos sowie drei Teilstreitkraft übergreifende Kommandos (tri-service theatre commands) etabliert sowie eine Cyber-Abteilung geschaffen werden.

Indonesien unterhält keine formellen Verteidigungsbündnisse, hat aber eine Reihe von Kooperationsabkommen mit regionalen und überregionalen Partnern geschlossen – bspw. mit Australien.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	103	Leopard 2A4 und 2RI
Leichte Panzer	353	275 AMX-13 werden zum Teil aufgerüstet
Aufklärer	142	u. a. 55 Ferret 13 davon aufgerüstet & 69 Saladin davon 16 aufgerüstet
Schützenpanzer	75	u. a. Marder 1A3

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Pionierpanzer	4	u. a. Dachs
Bergepanzer	Mehr als 15	u. a. Büffel
Brückenlegepanzer	19	u. a. Biber
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 872	Davon werden 14 FV603 Saracen aufgerüstet
Artillerie	Mehr als 1243	
Panzerabwehr	Einige	u. a. Milan, AT-3 Sagger und Javelin
Amphibienfahrzeuge	21	
Transportflugzeuge	7	Nur leichte, eine davon Passagiermaschine
Kampfhubschrauber	14	
Mehrzweckhubschrauber	65	
Transporthubschrauber	22	
Ausbildungshubschrauber	etwa 12	
Drohnen	Einige	kampffähig
Luftabwehr	Mehr als 506	Davon 411 Geschütze

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Das Heer ist prinzipiell für einen Einsatz im Inneren, besonders für sogenannte counter-insurgency- bzw. low-intensity warfare-Einsätze ausgerüstet. Diese Art von Kriegsführung wurde 1975-1999 in Osttimor, seit 1969 in West-Papua, seit 1989 in Aceh und ab 2000 auf den Molukken, Sulawesi und auf Ambon praktiziert. Von der Ausrüstung und der Ausbildung her gibt es einen beträchtlichen Unterschied zwischen den regulären („organischen“) Einheiten und den Elite-Einheiten der Strategischen Reserve (KOSTRAD) und der Spezialeinheiten (KOPASSUS). Besonders den letzteren werden eklatante Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Im Jahre 2012 schloss Indonesien einen Rüstungsdeal von über 216 Mio. Euro zur Modernisierung des Heeres ab, wodurch zwischen 2013 und 2017 verschiedenste Waffensysteme gebraucht aus Deutschland erworben wurden. In diesem Abkommen enthalten waren unter anderem 103 Kampfpanzer der Typs Leopard 2A4, von denen die letzten 42 Exemplare bereits modernisiert wurden. Mit den deutschen Leopard 2A4 Panzern wurde ein neues Waffensystem eingeführt, über das keinerlei Erfahrung innerhalb des indonesischen Heeres bestand. Fraglich sind darüber hinaus die Einsatzmöglichkeiten, ist die Infrastruktur des Landes für ein solches schweres Waffensystem nur äußerst begrenzt ausgelegt. Zusätzlich erhielt Indonesien im Rahmen des Abkommens 42 Exemplare des Schützenpanzers Marder-1A3, sowie Unterstützungsfahrzeuge zum Brückenbau (Biber) und Bergepanzer des Typs Büffel.

Tabelle 8**Marine**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	Ein Type-209/1300 und drei Type-209/1400
Fregatten	7	
Patrouillenboote	205	
Davon Korvetten	24	
Minenboote	8	
Amphibienfahrzeuge	4	
Landungsboote- und schiffe	75	
Logistik und Unterstützung	26	
Unbemannte Unterwasserfahrzeuge	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

30 Transportflugzeuge

9 Seefernaufklärer

11 Transporthubschrauber

7 Mehrzweckhubschrauber

4 Such- und Rettungshubschrauber

11 Hubschrauber zur U-Boot Abwehr

Mind. eine leichte Aufklärungsdrohne

Marineinfanterie:

114 Schützenpanzer

103 gepanzerte Mannschaftstransporter

10 leichte Panzer

21 Aufklärer

15 amphibische gepanzerte Truppentransporter

Mehr als 71 Artilleriegeschütze

5 Luftabwehrgeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Da Indonesien aus rund 18.000 Inseln besteht, kommt der Marine eine große Bedeutung zu. Hauptaufgaben sind die Sicherung der Schifffahrtswege, insbesondere gegen Pirat:innen und die Sicherung der indonesischen Wirtschaftsinteressen in den nationalen Gewässern. Die Marine ist aber traditionell gegenüber dem Heer in einer politisch benachteiligten Position gewesen. Mit dem Ende der Suharto-Diktatur hat sich die Lage etwas zugunsten der Marine geändert. Auffallend ist, dass fast die Hälfte der Schiffe der Marine aus deutscher Produktion stammt. Nach der Wiedervereinigung übernahm Indonesien den Großteil der Schiffe der NVA-Marine. Diese, besonders die Landungsboote, sollen auch im Zuge von Kampfhandlungen im Inneren eingesetzt worden sein. Die Marineinfanterie ist zumindest in Ost-Timor und auf den Molukken bei Kampfhandlungen eingesetzt worden. Die paramilitärischen Einheiten der Polizei, also die mobile Brigade BRIMOB, werden ähnlich wie die Streitkräfte zur internen Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Ihr werden ebenfalls erhebliche Menschenrechtsverletzungen nachgesagt, so in den Krisengebieten Aceh, Ambon, den Molukken, West-Timor, Sulawesi und West-Papua, aber auch bei Einsätzen gegen Demonstrierende in den Ballungszentren. Bei diesen Einsätzen, besonders auf den Molukken, ist es in der jüngeren Vergangenheit zu Kämpfen zwischen BRIMOB- und TNI-Einheiten gekommen. Seit 2020 soll es mindestens vier Vorfälle gegeben haben, zuletzt 2024.

Am 21. April 2021 meldete die indonesische Marine eins ihrer U-Boote als vermisst. Das in Deutschland produzierte, 43 Jahre alte U-Boot „KRI Nanggala 402“ war mit 53 Menschen an Bord zu einer Militärübung aufgebrochen und ist Untersuchungen zufolge, vermutlich in Folge eines Stromausfalls, der ein Auftauchen verhinderte, vor der Küste Balis gesunken. Berichten zufolge sei das für eine maximale Tauchtiefe von 500 Metern ausgelegte U-Boot in 800 Meter Tiefe unter dem Wasserdruck auseinandergebrochen. Im Mai 2021 kündigte die indonesische Regierung an, das U-Boot trotz aller Schwierigkeiten bergen zu lassen. Der Vorfall folgt auf den Untergang eines ehemaligen ostdeutschen Landungsschiffs im Juli 2020 sowie mehreren Abstürzen von Trainings- und Angriffsflugzeugen. Die hiermit begründeten Modernisierungspläne umfassen unter anderem 12 neue diesel-elektrische U-Boote. 2023 wurde ein Antrag über einen 2,2 Milliarden US-Dollar umfassenden Kredit bewilligt, mit welchem zunächst zwei Scorpène-U-Boote der französischen Naval Group erstanden werden sollen. Ein großer Anteil der Komponenten hierfür soll dann wahrscheinlich in Indonesien gefertigt werden. Ein im Jahr 2019 geschlossener Vertrag über drei südkoreanische diesel-elektrische U-Boote könnte unterdessen womöglich gekündigt worden sein – zumindest ist wahrscheinlich das ein entsprechendes Akkreditiv nie unterzeichnet wurde.

Bereits 2016 entwickelten die Seestreitkräfte ein Klein-U-Boot, das komplett in Indonesien produziert wird. Das U-Boot soll zukünftig für den Küstenschutz und zur Verbringung von Spezialkräften eingesetzt werden. Im Zuge der Aufrüstung der Marinestreitkräfte hat Indonesien im Jahre 2023 zudem 13 Patrouillenboote des Typs PC-40 „Tatihu“ aus eigener Produktion in Dienst gestellt. Laut dem IISS wuchs die Anzahl der Patrouillenboote zwischen 2024 und 2025 nochmals um 46 Stück – eine enorme Erweiterung. Ebenso erhielten die Marineflieger 8 Transportflugzeuge des Typs PA-28 „Archer III“ und eine leichte Aufklärungsdrohne des Typs S-100 „Camcopter“. Von 2022 auf 2023 wurde zudem der personelle Umfang der Marinestreitkräfte um 9.000 aktive Soldat:innen erhöht. Auch wurden in den vergangenen Jahren diverse nicht mehr einsatzfähige Geräte außer Dienst gestellt. Die Modernisierung ist also in vollem Gange.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	4	
Erdkampfflugzeug	45	
Seefernaufklärer	7	
Aufklärungsflugzeuge	1	
Ausbildungsflugzeuge	101	Davon 55 kampffähig
Transportflugzeuge	66	Davon 10 Passagiermaschinen
Tank- / Transportflugzeuge	1	
Transporthubschrauber	36	
Drohnen	Einige	Aerostar und Wulung; außerdem min. drei kampffähige CH-4B
Raketen	Einige	u. a. AGM-65G Maverick, AIM-9P Sidewinder
Luftverteidigung	Einige	NASAMS II

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 3

Weitere Luftwaffeneinheiten

Spezialeinheit (Kopasgat (ehemals Paskhasau)):

Einige Luftabwehrsysteme (u. a. QW-3 Raketen und sechs Oerlikon Skyshield Geschütze)

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Wie das Heer war auch die Luftwaffe lange Zeit von der Ausrüstung her eher für den internen Einsatz gegen Separatist:innen als für die Luftraumverteidigung gegen externe Angriffe konzipiert. Die Waffensysteme der indonesischen Luftwaffe sind größtenteils eher veraltet und nur bedingt einsatzbereit. So gibt das International Institute for Strategic Studies an, dass nur etwa 45 Prozent der Flugzeuge einsatzfähig sind. Kampfflugzeuge der Luftwaffe sind zumindest in Ost-Timor und West-Papua bei Kampfeinsätzen eingesetzt worden. Aufgrund dieser Einsätze führten der Export und die Wartung der kampffähigen Hawk Trainingsflugzeuge, die einige Jahre das Rückgrat der Luftwaffe bildeten, in den 1990er Jahren zu erheblichen Kontroversen in Großbritannien. Derzeit befinden sich nur aber noch 22 dieser Flugzeuge im Bestand der Luftwaffe.

Im Zuge des 2010 veröffentlichten Strategic Defence Plan sollte auch die Luftwaffe umfassend erweitert werden. So wurden im Zuge dieser Erweiterung in den Jahren 2011 und 2012 jeweils 8 brasilianische, kampffähige Ausbildungsflugzeuge des Typs EMB-314 „Super Tucano“ beschafft, von denen im Jahr 2024 13 in Betrieb sind. Außerdem beschaffte sich die indonesische Luftwaffe kampffähige Trainingsflugzeuge des Typs T-50i („Golden Eagle“) von denen nach aktuellem Stand ebenfalls 13 in den Streitkräften integriert sind. Beide Flugzeugtypen sind bewaffnet und/oder zur Luftraumüberwachung geeignet und ersetzen die veraltete Bronco- bzw. Hawk-Flotte. Daneben besteht der Kern der kampffähigen Flugzeuge aus insgesamt 66 F-16 Flugzeuge (in verschiedenen Ausführungen). Aus Australien bezog das Land zudem taktische Transportflugzeuge des Typs C-130H.

Die indonesische Luftwaffe ist zudem Partner der KF-X Fighter Jet Initiative, die der US-amerikanische Konzern Lockheed und die südkoreanische Regierung gestartet haben und die die Entwicklung und Herstellung eines südkoreanischen Kampffjets betreibt. Hierzu übernimmt Indonesien rund 20 Prozent der Entwicklungskosten des KF-21– in der Vergangenheit wurden die Zahlungen aber nicht immer voll erbracht, sodass über einen Ausschluss Indonesiens spekuliert wurde. Die Zahlungen wurden aber letztlich entrichtet, sodass Indonesien im Frühjahr 2023 einen Prototyp (Nr. 5) des Modells KF-21 erhielt. Indonesien plant die Anschaffung von bis zu 80 Kampffjets aus diesem Programm. Jüngeren Berichten zufolge soll Indonesien allerdings doch keinen Prototyp erhalten haben und erneut mit Zahlungen im Rückstand sein. Zudem bekundete Indonesien öffentlich ein Interesse, sich an der Entwicklung des türkischen KAAN-Kampfflugzeuges zu beteiligen.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Polizei:

34 gepanzerte Mannschaftstransporter

10 Transportflugzeuge

5 Mehrzweckhubschrauber

34 Transporthubschrauber

KPLP (See- und Küstenwache):

76 Patrouillenschiffe

7 Logistik- und Unterstützungsschiff

Bakamla (Maritime Sicherheitskräfte):

10 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 5

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1037 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 1231 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 4 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 4 Soldat:innen

Westsahara (MINURSO): 3 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 255 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das indonesische Militär hat eine in der Verfassung verankerte gesellschaftliche Rolle. Diese Doppelfunktion („dwifungsi“) wurde in den späten 1950er Jahren gesetzlich verbrieft, hat aber ihre Wurzeln im Unabhängigkeitskampf gegen die Niederlande 1945-1949, als das Militär trotz der Kapitulation der zivilen Unabhängigkeitsbewegung unter Sukarno weiter gegen die Kolonialmacht kämpfte. Seitdem sieht sich das Militär als „Beschützer der Nation“, insbesondere des Konzeptes des Einheitlichen Staates Republik Indonesien (Negara Kesatuan Republik Indonesia, NKRI), welches mit föderalistischen oder gar separatistischen Bestrebungen nicht vereinbar ist. Bis 1999 waren Militär und Polizei Teil der gleichen Organisation. Laut der Verfassung von 1959, welche bis 2000 in Kraft war, stand den Sicherheitskräften ein Mitspracherecht in der Politik zu, inklusive garantierter Parlamentssitze. Die Sicherheitskräfte bauten eine Parallelstruktur zu den zivilen Verwaltungsstrukturen auf, wodurch sie auf allen administrativen Ebenen, vom Dorf bis zur Nation die Politik (mit-)bestimmen konnten.

In den Jahren 1965 bis 1966 war das Militär neben eigens dafür gebildeten, paramilitärischen Milizen unter dem Kommando des Generals und späteren Präsidenten Suharto in Massaker und systematische Massenmorde involviert. Diese richteten sich gezielt gegen Mitglieder und Sympathisant:innen der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) sowie indonesische Bürger:innen chinesischer Herkunft. Ältere Schätzungen gehen von mindestens 500.000 Opfern aus; aktuellere Schätzungen legen nahe, dass bis zu 3 Millionen Menschen den Massakern durch das Militär und durch von diesem eigens paramilitärisch organisierte Todesschwadronen zum Opfer fielen. Die Massenhinrichtungen geschahen hierbei weitestgehend nicht spontan. Vielmehr wurden sie von Militärs und Paramilitärs systematisch geplant und organisiert. Auch zahlreiche Zivilist:innen sollen sich an den Morden beteiligt haben. Als Auslöser gelten Vorwürfe gegenüber der PKI, in einen Putschversuch involviert gewesen zu sein, die sich später als falsch erwiesen. Daraus erwuchs eine landesweite Hasskampagne gegen die PKI, zu der Suharto maßgeblich beitrug. Unter Suhartos Regime wurden die Massaker als „Rettung des Vaterlandes“ stilisiert. Bis heute ist keine umfassende historische oder strafrechtliche Aufarbeitung der Geschehnisse geschehen und viele der an den Morden Beteiligten genießen aktuell nach wie vor ein hohes Ansehen in Militär, Politik und Gesellschaft. Zwar hatte der bis 2024 amtierende Präsident Joko Widodo eine Aufarbeitung der Verbrechen im Wahlkampf angekündigt; diese ist bisher jedoch nur in sehr geringem Umfang geschehen. Dennoch stimmten jüngere Treffen von Widodos Minister:innen mit Überlebenden und Gespräche darüber, Massengräber auszugraben, einige der politischen und militärischen Eliten nervös.

Die auf die Massenmorde folgende Diktatur des ehemaligen Generals Suharto war durch eine Herrschaft durch Seilschaften gekennzeichnet, welche so gut wie immer eine Verbindung zu den Sicherheitskräften hatten. Aus der anfänglichen Militärdiktatur wurde ein

„korporatistischer Staat“, in dem Suharto der „Vorstandsvorsitzende“ und die militärischen und bürokratischen Eliten die „Seniorpartner:innen“ waren. Das Militär hatte seine Hochzeit während der Suharto-Diktatur 1967 bis 1998.

Das wirtschaftliche Engagement der Sicherheitskräfte hat ebenfalls seine Wurzeln in den Anfangsjahren der Republik Indonesien, als verstaatlichte niederländische Unternehmen dem Militär überführt wurden. Während der Suharto-Jahre vervielfältigten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten der Sicherheitskräfte. So war lange die nationale Erdölfirma Pertamina die Hauptgeldquelle der Sicherheitskräfte. Teilweise geschah dies aus finanzieller Not, da das offizielle Militärbudget nur ca. 25-30 Prozent der anfallenden Kosten deckte. Die wirtschaftlichen Aktivitäten können in drei Teile aufgeteilt werden: Die legalen, die semilegalen und die illegalen Aktivitäten. Legal dürfen sich alle Teilstreitkräfte, das Verteidigungsministerium sowie auch die Polizei über „gemeinnützige“ Stiftungen (yayasan) an Firmen beteiligen bzw. diese ganz besitzen. Neben diesen offiziell sanktionierten Aktivitäten werden die yayasan auch für Geschäfte im „informellen“ Bereich benutzt. Im illegalen Bereich beteiligen sich Mitglieder der Sicherheitskräfte am Glücksspiel, Waffen- und Drogenschmuggel, Schutzgelderpressung, Prostitution, Piraterie oder der illegalen Abholzung der Regenwälder. Teilweise wurden diese illegal beschafften Mittel zur Finanzierung von Sondereinsätzen benutzt, z.B. um die gewalttätigen Milizen in Ost-Timor am Budget vorbei zu finanzieren. Die Sicherheitskräfte bieten auch ihr Gewaltmonopol als Ware an, sei es an lokale Großgrundbesitzer:innen zum Räumen von Arealen oder an multinationale Firmen (z. B. ExxonMobil oder Freeport McMoRan) zum Schutz ihrer Aktivitäten. Im Laufe dieser Operationen kommt es zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen. ExxonMobil wurde 2001 in den Vereinigten Staaten wegen Beihilfe zu Folter und Mord angeklagt, da die Firma laut Aussagen von Zeug:innen Sicherheitskräften logistische Unterstützung in Form von Hubschraubern, Räumlichkeiten zum Verhören von Zivilist:innen und Bulldozer zum Verscharren von Leichen in Massengräbern bereitgestellt haben soll. Erst im Jahr 2023 wurde der Fall außergerichtlich beigelegt. Im August 2002 wurden zudem drei Angestellte von Freeport McMoRan erschossen. Dem Anschein nach handelte es sich bei den Tatverdächtigen um Mitglieder der Spezialeinheit Kopassus. Die Morde sollten eventuell dazu dienen, die „Zahlungsmoral“ von Freeport zu verbessern. Die Firma zahlt schätzungsweise 11 Millionen US-Dollar an die Sicherheitskräfte für die Schutzmaßnahmen. In den Konfliktzonen des Landes, so in Aceh, Ambon, Kalimantan, den Molukken, Sulawesi und bis 1999 in Ost-Timor, werden den Sicherheitskräften – sowohl der TNI als auch POLRI – erhebliche Menschenrechtsverletzungen nachgesagt. Es gibt Anzeichen dafür, dass Mitglieder der Sicherheitskräfte die Konflikte anheizen, wenn nicht gar selber inszenieren, um ihre politische Rolle zu vergrößern und wirtschaftlichen Nutzen aus den entstehenden Kriegsökonomien zu ziehen.

Nach dem Ende der Suharto-Diktatur 1998 hat es mehrere Versuche gegeben, die Sicherheitskräfte zu reformieren. Die Impulse hierfür kamen sowohl von außerhalb als auch von innerhalb der Sicherheitskräfte. Ein bedeutender Schritt war die Trennung von Polizei und Militär 1999. Die Anzahl der Sitze, die für die Sicherheitskräfte im Parlament reserviert war, wurde reduziert, aber die garantierte Präsenz ihrer Repräsentant:innen wurde bis mindestens 2009 festgeschrieben. Bereits bei den Wahlen 2004 wurde diese Regelung gekippt und die reservierten Sitze für das Militär im Parlament wurden abgeschafft. Unter Suhartos Nachfolger BJ Habibie wurde der erste zivile Verteidigungsminister ernannt. Während der erste in freien Wahlen gewählte Präsident Abdurrahman Wahid mehr oder weniger konsequent versuchte, den Einfluss der Sicherheitskräfte in der Politik und Gesellschaft zu verringern, verfolgte die nachfolgende Präsidentin Megawati Sukarnoputri einen anderen Kurs. In der Zeit

ihrer Präsidentschaft haben führende Militärs wieder erheblich an Einfluss gewonnen. Anfang des Jahres 2003 stellte der Generalstab eine Gesetzesvorlage vor, die es dem Militär erlauben würde, im Falle eines „Notstandes“ die Macht im Lande zu übernehmen, was also einen Militärputsch legitimieren würde. Die Verankerung des Militärs in der Politik ist weiterhin gegeben. Nach einer Phase des Rückgangs militärischer Einflüsse in die Politik ist in den letzten Jahren jedoch eine abermals rückläufige Tendenz zu erkennen. Seit der Wahl des zunächst als Reformator betrachteten Joko Widodos, hat das Militär hinsichtlich der zivil-militärischen Balance erneut an Boden gewonnen, was sich etwa in dem Verbleib und teilweise einer Zunahme von ehemaligen oder aktuellen Offizier:innen in hohen politischen Ämtern niederschlägt. 2024 gewann zudem der frühere Verteidigungsminister Prabowo Subianto die Präsidentschaftswahlen. Dem ehemaligen Kommandanten der Spezialkräfte und Schwiegersohn des ehemaligen Militärdiktators Suharto werden schwere Menschenrechtsverletzungen zur Zeit der Militärregierung vorgeworfen. Wie sich die zivil-militärischen Beziehungen unter Subianto entwickeln werden, bleibt abzuwarten – erste Anzeichen weisen allerdings auf eine weitere Stärkung des Militärs innerhalb der Regierung und weiteren hohen politischen Ämtern hin.

Der Jahresbericht 2024 von Amnesty International weist darauf hin, dass außergerichtliche Tötungen und Folter durch die Sicherheitskräfte nach wie vor an der Tagesordnung sind, insbesondere in Papua (siehe das entsprechende Kapitel [Menschenrechte](#)).

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Bis zum Ende der Regierung Suhartos 1998 war die indonesische Polizei (Indonesian National Police, INP) als paramilitärische Einheit Teil des Militärs und stellenweise auch ein Instrument des Regimes. Erst im Zuge der anschließenden Polizeireformen 1999 wurde sie unter zivile Kontrolle gestellt. Gegenwärtig ist die indonesische Polizei direkt dem:der Präsident:in unterstellt. Die Polizei ist in drei Ebenen unterteilt: Erstens, die regionale Ebene mit 17 Unterorganisationen (POLDA). Ihre Größe variiert je nach den vorliegenden Charakteristika der Region wie Bevölkerungsdichte oder geographische Gegebenheiten. Zweitens, die Kreis- und Stadtebene (POLRES). Sie ist das organisatorische und hierarchische Bindeglied zwischen den oberen und unteren Ebenen. Die Polizei auf dieser Ebene genießt eine umfangreiche Autonomie. Und drittens, die Stadtteil- (POLSEK) und Dorfebene (POLMAS). Die indonesische Polizei besteht hauptsächlich aus vier Teilen: Neben der Kriminalpolizei und dem Polizeivollzugsdienst gibt es noch den Geheimdienst und eine mobile Einsatztruppe (BRIMOB). Letztere umfasst etwa 14.000 gut ausgebildete und stark bewaffnete

Polizist:innen, deren Aufgaben die Aufstandsbekämpfung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei Massendemonstrationen und anderen Veranstaltungen, Rettungsdienste und Terrorismusbekämpfung umfassen. Die Eliteeinheit verfügt über gepanzerte Mannschaftstransporter (Tactica) sowie leichte Transportflugzeuge (Beech 18, Aviocar, C295, Turbo Commander 680) und Hubschrauber (Bell 412EP, Bell 206, Bo-105). Innerhalb der Polizei ist ebenfalls eine speziell für soziale Angelegenheiten sowie für die Belange von Frauen und Kindern organisierte Einheit integriert, die größtenteils aus Frauen besteht. Neben diesen Einheiten existieren noch eine Verkehrspolizei und eine Tourismuspolizei sowie eine Wasserschutzpolizei und eine Küstenwache. Die Reserveeinheit Kamra People's Security mit ihrer Stärke von 40.000 Personen ist zwar als paramilitärische Einheit organisiert, dient jedoch auch als Polizeihilfskraft. Insgesamt umfassen alle Einheiten zusammen etwa 280.000 Mitglieder (Stand: 2025).

Die indonesische Polizei ist historisch durch ihre paramilitärische Ausrichtung und ihre Struktur geprägt. Berichten zufolge werden der Polizei immer wieder starres und unflexibles Verhalten vorgeworfen und ihr wird vorgehalten, dass die letzte Polizeireform nur formal umgesetzt wurde. Problematisch bleiben die teilweise veralteten militärischen Strukturen, die bis heute in einigen Bereichen nicht geändert werden konnten. Die Akzeptanz der Polizei innerhalb der Bevölkerung ist durch das paramilitärische Auftreten und Verhalten weiterhin gering.

Insgesamt hat die indonesische Polizei mit Korruption, Unterfinanzierung und Personal-mangel zu kämpfen. Menschenrechtsgruppen und Teile der Bevölkerung werfen der Polizei willkürliches Verhalten, Repression, Folter und außergerichtliche Tötungen vor. Der Vorwurf wurde zuletzt bspw. im Jahresbericht 2024 von Amnesty International wiederholt. Dies bedingt auch das fehlende Vertrauen in die Polizei in vielen Gebieten des Landes.

Diversität in den Sicherheitskräften

LGBTQIA+-Personen können in Indonesien nicht offen in den Sicherheitskräften dienen. Der Oberste Gerichtshof bestätigte noch 2021 die Entlassung eines Polizeibeamten in Zentraljava aufgrund seiner sexuellen Orientierung. Auch Angehörige der Streitkräfte werden regelmäßig wegen gleichgeschlechtlicher Handlungen zu Haftstrafen oder unehrenhaften Entlassungen verurteilt (Tatbestand der „Sittenwidrigkeit“). Nicht-binäre Identitäten werden rechtlich nicht anerkannt, Geschlechtsangleichungen hingegen nach angleichenden Operationen. Zumindest in einem bekannten Fall gilt dies auch für Militärangehörige. Grundsätzlich lehnt das Militär Geschlechtsangleichungen aber ebenfalls ab und geht aggressiv gegen queere Menschen vor.

Frauen hingegen dürfen seit vielen Jahren in den Sicherheitskräften dienen. Wie auch die Polizei verfügen die Teilstreitkräfte über eigene Frauenabteilungen. Die Frauenkorps der Luftwaffe wurden 1961, die von Marine und Heer 1963 gegründet. Erst seit 2014 stehen Frauen aber auch Kampfrollen offen. Bereits 2013 begann die erste weibliche Kadettenkohorte ihre Ausbildung; 2017 schloss der erste Jahrgang von Kadettinnen die Militärakademie ab. Ihr Anteil bleibt insgesamt aber gering, obgleich die Angaben insb. für die Streitkräfte teils stark divergieren: verschiedene Quellen beziffern den Frauenanteil für 2020 auf etwa 10 %, andere für das Jahr 2022 auf 2 % und wieder andere weisen für 2023 einen Anteil von 7 % aus. Die tatsächliche aktuelle Größenordnung bleibt demnach unklar, dürfte aber nicht signifikant über 10 % liegen. Insb. in höheren Positionen sind Frauen unterrepräsentiert, unter

anderem da sie weiterhin strukturell schlechteren Zugang zu Kampferfahrung und zu spezialisierten militärischen Ausbildungswegen haben. Bis 2022 hatten insgesamt nur 67 Offizierinnen insgesamt den Generalsrang erreicht (vor allem in Unterstützungseinheiten, administrativen oder ähnlichen Bereichen) – von diesen standen zudem nur zwölf aktiv im Dienst.

Auch in der Polizei bestehen trotz der vergleichsweise frühen Integration von Frauen weiterhin deutliche Einschränkungen. Bereits 1951, nur sechs Jahre nach Gründung der Nationalpolizei, schlossen die ersten sechs Frauen die Polizeiakademie ab. Der Anteil weiblicher Polizeikräfte soll 2019/2020 dennoch nur bei 5,7 bis 6 % gelegen haben. Damit lag ihr Anteil innerhalb der ASEAN-Staaten auf dem letzten Platz; der ASEAN-Durchschnitt betrug im Jahr 2020 etwa 14,9 %. Im mittleren Management waren Frauen mit 12 % zwar überproportional vertreten, Führungspositionen konzentrieren sich jedoch auch hier überwiegend auf Bereiche wie Personalwesen, Verwaltung oder Kommunikation. In zentralen polizeilichen Aufgabenfeldern wie Kriminalitätsbekämpfung oder Spezialoperationen bleiben Frauen dagegen deutlich unterrepräsentiert. Unter den 357 ranghöchsten Polizei-offizier:innen befand sich zudem lediglich vier Frauen. Als höchster bislang erreichter Rang für Frauen werden Police Inspector General beziehungsweise Police Brigadier General genannt.

Auch in internationalen Missionen bleibt die Beteiligung von Frauen begrenzt: Im Dezember 2025 waren unter insgesamt 2.084 indonesischen Entsandten an UN-Missionen lediglich 168 Frauen (etwa 8,1 %). Indonesien verfolgt aber im Rahmen der Women, Peace and Security-(WPS)-Agenda entsprechende Nationale Aktionspläne. 2021 wurde ein zweiter verabschiedet, dieser reichte bis 2025. Der Fokus lag hier jedoch lediglich auf einer verbesserten Gewaltprävention und eine höhere Beteiligung in Friedensprozessen sowie Frauen- & Kinder betreffenden Entscheidungen – ihre Rolle und Beteiligung in Sicherheitsinstitutionen werden nicht erwähnt. Sicherheitsbehörden führen aber regelmäßig internationale Konferenzen und Trainingsprogramme zu Geschlechtergleichheit oder Empowerment durch. Ergänzend bestehen spezifische Förderprogramme für Frauen innerhalb der Sicherheitskräfte. Eine Verteidigungsministerin hatte Indonesien bisher aber nicht.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag, 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention, 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention über Streumunition, 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org
Atomwaffenfreie Zone Südost Asien (Bangkok Vertrag), 1995	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Indonesien ist mehreren zentralen Abrüstungsabkommen beigetreten, nicht jedoch dem Verbot bestimmter konventioneller Waffen, der Konvention zur Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, dem Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden. Das Land hat sich aktiv bei der Verabschiedung und Umsetzung des Übereinkommens über Streumunition eingesetzt und sich immer wieder unterstützend in die Verhandlungen in Oslo eingebracht. Obwohl Indonesien auf eine regionale Umsetzung drängt, hat das Land den Vertrag bis heute nicht ratifiziert. Bei der Abstimmung über den Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) hat das Land seine Stimme enthalten und den ATT bis heute weder unterzeichnet noch ratifiziert. Jedoch ist Indonesien jüngst dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021 beigetreten.

Gegen Indonesien sind keine Sanktionen der Vereinten Nationen oder der EU verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Im Jahr 2005 ratifizierte Indonesien den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie 2006 den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Der Beitritt zu den Verträgen garantiert jedoch natürlich nicht deren Umsetzung. So kommt es auch Jahre nach dem Beitritt zum Übereinkommen gegen Folter weiterhin zu zahlreichen Fällen von Folter und Misshandlung seitens der Sicherheitskräfte, welche nicht gerichtlich geahndet werden. Nicht ratifiziert ist weiterhin das Fakultativprotokoll zum CEDAW.

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

President Prabowo Subianto Djojohadikusumo expanded the military and placed active-duty personnel in civilian posts, a throwback to the pervasive militarization of civilian functions during the discredited Soeharto era. Prabowo, a former general accused of serious human rights violations, also appointed serving members of the armed forces to senior government positions. In August, hundreds of thousands of people in 107 cities nationwide protested low wages and unemployment after the government announced additional perks for lawmakers. Police used excessive force to disperse protesters, sparking arson attacks and looting in 42 cities. Indigenous activists and government critics, particularly those opposing mining companies and oil plantations, faced threats and arrests. The government deployed more troops amidst increased fighting in five Papuan provinces by separatist insurgent groups. Religious minorities were attacked by extremist Muslim groups including in Padang, West Sumatra, and in Sukabumi, West Java. In February, two university students were publicly flogged in Banda Aceh—77 and 82 times each—for consensual same-sex relations. In April, two men were arrested after police caught them embracing in a bathroom at a park in the same city. An Islamic court sentenced them to public caning for same-sex relations. Many activists welcomed the government's announcement in September that it spent US\$412 million on mental health services between 2020 and 2024, a significant portion going toward community-based support.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026
[World Report 2026: Indonesia | Human Rights Watch](#)

Box 7**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

Authoritarian practices, especially restrictions on freedom of expression and assembly and excessive use of force, increased as the government suppressed dissent and police arrested and detained protestors across the country. Indigenous Peoples remained marginalized and faced charges and arrests for opposing extractive and development projects on their traditional lands. The government failed to provide adequate protection for religious minorities who were subject to attacks. Plans for the next 10 years relied on fossil fuels with little commitment to transitioning to renewable energy sources.

Quelle: Amnesty International Report 2026

<https://www.amnesty.org/en/wp-content/uploads/2026/04/POL1003202026ENGLISH-1.pdf>

Box 8**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für Indonesien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 28/60

Politische Rechte: 28/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (56/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

Indonesia has made impressive democratic gains since the fall of an authoritarian regime in 1998, enjoying significant political and media pluralism and undergoing multiple peaceful transfers of power. Significant challenges persist, including systemic corruption, discrimination and violence against minority groups, conflict in Papua, and the politicized use of defamation and blasphemy laws.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/indonesia/freedom-world/2026>

Kommentar

Die Menschenrechtslage in Indonesien ist insbesondere in den Konfliktgebieten Aceh, West-Papua, Ambon, den Molukken, Sulawesi und West-Timor problematisch. Den Sicherheitskräften – sowohl der Polizei als auch dem Militär – werden schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt, darunter Morde, Folter, Vergewaltigungen, Misshandlungen, Entführungen sowie außergerichtliche Hinrichtungen. Auch nichtstaatlichen Akteuren, die in den genannten Regionen aktiv sind und teils von den Sicherheitskräften unterstützt werden, werden gravierende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. In Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär herrscht weitgehende Straflosigkeit. In der Vergangenheit wurden diese Praktiken teilweise sogar von der politischen Führung des Landes begünstigt. So forderte etwa die ehemalige Präsidentin Sukarnoputri Megawati die Truppen

mit der Aussage auf, sich über Menschenrechtsverletzungen keine Sorgen zu machen („not to worry about rights abuses“).

Auch die weitverbreitete Korruption stellt ein schwerwiegendes Problem dar. Die massiven Menschenrechtsverletzungen der 1960er Jahre, im Zuge derer das Militär und von ihm organisierte paramilitärische Milizen zwischen 500.000 und drei Millionen Menschen töteten, sind bis heute weder historisch noch strafrechtlich aufgearbeitet.

Human Rights Watch stellt fest, dass sich die Menschenrechtslage in Indonesien unter Präsident Prabowo Subianto weiter verschlechtert hat. Die Regierung verletzte weiterhin regelmäßig grundlegende politische und bürgerliche Rechte und weitete insbesondere den Einfluss des Militärs im zivilen Bereich aus. Präsident Prabowo, ein ehemaliger General, der selbst mit schweren Menschenrechtsvorwürfen in Verbindung gebracht wird, ernannte aktive Angehörige der Streitkräfte in zentrale zivile Regierungspositionen und forcierte damit eine erneute Militarisierung staatlicher Strukturen, die an Praktiken der autoritären Soeharto-Ära erinnert.

Im Jahr 2024 und 2025 kam es landesweit zu massiven Protesten gegen soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Missstände und politische Privilegien. Sicherheitskräfte gingen dabei wiederholt mit exzessiver Gewalt gegen Demonstrierende vor. In mehreren Städten eskalierte die Situation, es kam zu Toten, zahlreichen Verletzten, willkürlichen Festnahmen sowie umfangreichen Sachschäden. Die Behörden reagierten mit Massenverhaftungen, der Einschüchterung von Aktivist:innen und Protestorganisator:innen sowie mit Vorwürfen von „Aufruhr“ und „Terrorismus“ gegen Regierungskritiker:innen.

Menschenrechtsverteidiger:innen, indigene Aktivist:innen und Regierungskritiker:innen sahen sich weiterhin Drohungen, Überwachung und strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt, insbesondere wenn sie gegen Bergbauprojekte, Plantagenwirtschaft oder staatliche Entwicklungsprojekte protestierten. Nach Angaben von Amnesty International wurden 2024 mindestens 123 Fälle von physischen Angriffen, digitalen Attacken, Drohungen und weiteren Repressalien dokumentiert, die sich gegen insgesamt 288 Menschenrechtsverteidiger:innen richteten. Gleichzeitig weitete die Regierung ihre militärische Präsenz in mehreren Provinzen Papuas aus. Im Zuge bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und separatistischen Gruppen setzten Militär und Polizei auch Drohnen und Luftangriffe ein, was zu Verletzten, Todesfällen und der massenhaften Vertreibung der Zivilbevölkerung führte. Nach Angaben des UN Human Rights Council haben infolge der eskalierten Gewalt mehr als 70.000 Papuaner:innen ihre Heimat verlassen.

Darüber hinaus verabschiedete das Parlament ein neues Strafgesetzbuch, das am 2. Januar 2026 in Kraft trat. Das Gesetz sowie das ergänzende Strafprozessrecht schwächen die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und erweitern die Befugnisse von Polizei und Sicherheitsbehörden erheblich, unter anderem durch erleichterte Überwachung, Festnahmen und Vermögensbeschlagnahmungen ohne ausreichende richterliche Kontrolle. Menschenrechtsorganisationen warnen, dass diese gesetzlichen Neuerungen die strukturelle Straflosigkeit staatlicher Akteure weiter verfestigen könnten.

Auch die Pressefreiheit bleibt eingeschränkt. Journalist:innen und Medien sahen sich vermehrt Einschüchterungen, Gewalt und Angriffen ausgesetzt, wobei Sicherheitskräfte in zahlreichen Fällen als mutmaßliche Täter genannt wurden. Ermittlungen gegen Angehörige von Polizei und Militär blieben häufig folgenlos, was das bestehende Muster der Straflosigkeit weiter bestätigt. Im Pressefreiheitsindex der Reporter ohne Grenzen fiel Indonesien von Platz 111 (2024) auf Platz 127 von 180 (2025), was auf eine deutliche Verschlechterung der Lage der Pressefreiheit hinweist.

Geschlechtsspezifische Gewalt

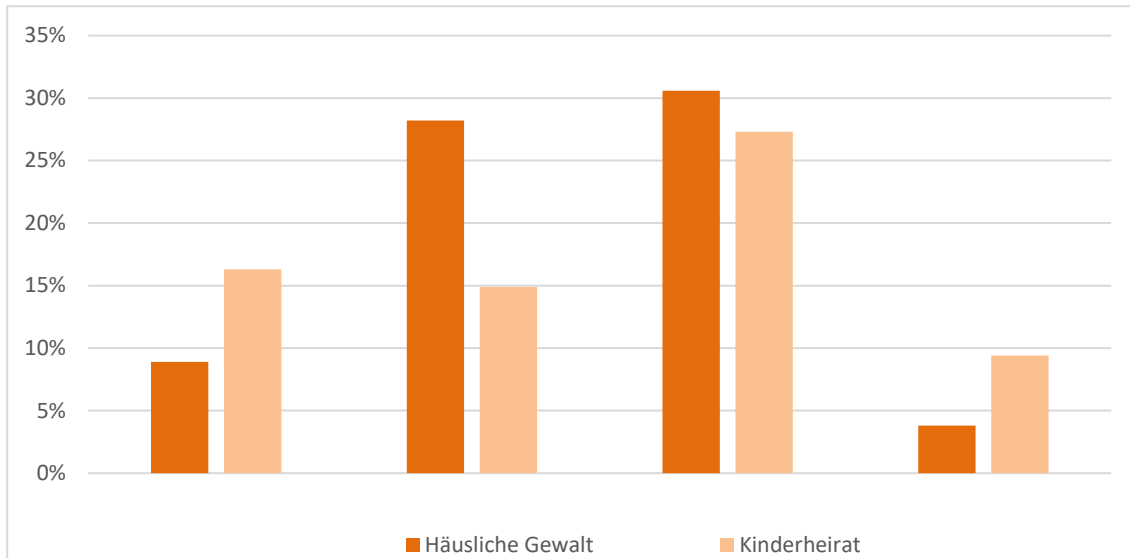
Auf internationaler Ebene hat Indonesien die zentralen Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und zum Schutz von Frauen und Kindern ratifiziert. Dazu zählen bspw. die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) sowie die Convention on the Rights of the Child – letztere einschließlich des Fakultativprotokolls. Innerstaatlich schloss der Gesetzgeber 2022 nach jahrelanger Lobbyarbeit Lücken im Rechtsrahmen. Dadurch stellte er bislang nicht anerkannte Formen sexueller Gewalt unter Strafe und stärkte die Rechte der Opfer. 2024 stärkte oder schuf der Staat zudem Stellen zur Verfolgung der Ausbeutung von Kindern und Frauen sowie zur Bekämpfung von Menschenhandel und den schlimmsten Formen der Kinderarbeit, darunter eine neue Polizeidirektion und ressortübergreifende Koordinationsteams.

Geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) bleibt in der Praxis dennoch ein Problem, wobei das Land regional betrachtet deutlich besser abschneidet als etwa seine Nachbarn Papua-Neuguinea (30,6 %) oder Timor-Leste (28,2 %). Laut UNFPA liegt die 12-Monatsprävalenz für physische und/oder sexuelle häusliche Gewalt in Indonesien bei 8,9 % (15- bis 49-jährige Frauen). Die WHO schätzt die Prävalenz entsprechender partnerschaftlicher Gewalt hingegen auf 3,6 und die Lebenszeitprävalenz auf 11,9 %. Damit liegt Indonesien auch unter dem Regionaldurchschnitt (Ostasien und Pazifik-Region; 8,2 bzw. 18,5 %). Diese Prävalenzdaten bedeuten jährlich mehrere Millionen Betroffene. Dennoch wurden bspw. 2021 nur 7.435 Fälle polizeilich angezeigt. Soziale Stigmata, religiöse und konservative Wertvorstellungen verhindern oftmals einen angemessenen Umgang. Allein 2022 wurden zudem rund 307 (wahrscheinliche) Femizide verzeichnet und allein zwischen Januar und April 2023 bereits 159. Die Dunkelziffer könnte noch weitaus höher liegen.

Verbreitet sind auch Menschenrechtsverletzungen islamistischer Gruppen gegen religiöse Minderheiten und queere Menschen. Vor allem letztere werden von Behörden oftmals nicht angemessen verfolgt. LGBTQIA+ Personen können sich zudem weder auf ein Gleichheitsgebot berufen, noch werden sie anderweitig rechtlich vor Diskriminierung (etwa im Wohnungs- oder Arbeitsmarkt) geschützt. Dies gilt sowohl für die sexuelle Orientierung, als auch die Geschlechtsidentität (etwa nicht-binäre Identitäten). Gleichgeschlechtliche Handlungen sind nicht in allen Provinzen legal (illegal in Aceh und Süd-Sumatra) und werden teils mit Auspeitschung bestraft. Die gleichgeschlechtliche Ehe ist landesweit verboten, Konversionstherapie hingegen nicht. Operative Geschlechtsangleichungen werden rechtlich allerdings anerkannt und auf offiziellen Dokumenten angepasst. Im Equality Index erreicht Indonesien hinsichtlich legaler Rechte nur 13 von 100 möglichen Punkten – hinsichtlich öffentlicher Anerkennung sogar nur 11. Damit belegt Indonesien weltweit lediglich den 169. Platz.

Auch Kinderrechte bleiben in der Praxis unzureichend geschützt: Kinderheiraten sind weiterhin verbreitet: Rund 2 % der Mädchen werden bis zum 15. Lebensjahr verheiratet, etwa 16,3 % bis zum 18. Lebensjahr (Daten aus 2017). Damit sind die Anteile seit den 1990ern zwar deutlich gesunken (1992: 10,7 % bzw. 33,1 %), nichtsdestotrotz sind diese Zahlen ausgesprochen hoch. Auch Kinderarbeit ist nicht selten: 3,7 % der 10- bis 14-jährigen (rund 816.363) Kinder sind in Lohnarbeit, mehr als die Hälfte davon in der Landwirtschaft. Auch weibliche Genitalverstümmelung ist trotz Verbot weit verbreitet: jede zweite Frau zwischen 15 und 49 Jahren wurde Opfer eines solchen Eingriffs – regional liegen die Prävalenzzahlen sogar bis zu 80 % (bspw. Sulawesi).

Schaubild 5

**Geschlechtsbasierte Gewalt gegenüber Frauen in der Region:
Prävalenz Häuslicher Gewalt und Kinderheirat in %**

Häusliche Gewalt meint hier physische und/oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder vergangene Intimpartner innerhalb der letzten 12 Monate (unter 15-49-jährigen Frauen); Kinderehe umfasst Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren, die vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet waren.

Quelle: United Nations Population Fund; <https://www.unfpa.org/data>

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

In recent years, the quality of democracy in Indonesia has been in a gradual yet noticeable decline. In December 2022, the House of Representatives enacted a controversial new criminal code to replace an outdated one from colonial Dutch rule. This overhaul faced widespread criticism from observant critics who viewed it as a clampdown on civil liberties and political freedoms. Some anti-democratic clauses prohibit insulting a sitting president and other state institutions, expressing views contrary to the state ideology of Pancasila, holding protests without permits, engaging in extramarital sex, and cohabitation without marriage. These legal revisions follow years of state harassment against activists and journalists, often exploiting existing questionable regulations, particularly the anti-defamation provisions in the Electronic Information Transactions Law (ITE). Additionally, Indonesia contends with an enduring culture of violence within the police and military, which civil groups claim are rarely held accountable for their actions, especially in the restive Papua region. The crucial democratic criterion of the separation of powers, inherent in a presidential system, has been further eroded by governmental interference in the country's top judicial bodies, the Constitutional Court and the Supreme Court. The legislature, of which over 80% of its members support the president in an oversized pro-government coalition, remains subordinate to the government, thus hindering the establishment of an effective system of checks and balances. Another issue pertaining to democratic standards is the postponement of elections for key local positions, such as the governor of Jakarta, for more than a year and a half. Instead, central government appointees have replaced elected officials to facilitate synchronized national elections scheduled for February 2024.

Notably, attempts to extend the presidency of Joko Widodo beyond constitutionally permitted terms have been blocked. To date, radical Islamists, representing a latent threat to Indonesia's fragile democracy, have been managed through a combination of suppression and co-optation.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/IDN>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Indonesien 34 von 100 möglichen Punkten (2024: 37 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Algerien, Laos, Nepal oder Malawi. Deutschland erzielte 77 Punkte.

Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](https://www.transparency.org/en/cpi)

Spannungen und innere Konflikte

In Indonesien wurden in der Vergangenheit zahlreiche bewaffnete Konflikte ausgetragen. Diese hatten teilweise einen separatistischen Hintergrund (u. a. in Aceh und Westpapua) oder beruhten auf ethnisch-religiösen Spannungen (z. B. in Kalimantan, Ambon, Sulawesi und auf den Molukken). Zum Teil wurden diese Konflikte durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder durch von ihnen unterstützte nichtstaatliche Gruppen mit angeheizt. In den Hochphasen der Auseinandersetzungen starben jährlich Tausende von Menschen.

In Westpapua kam es 2025 erneut zu einer deutlichen Eskalation bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen indonesischen Sicherheitskräften und separatistischen Gruppen, bei denen intensive Kämpfe in den zentralen Hochlandgebieten zahlreiche Zivilist:innen bedrohten, Dörfer zerstört und tausende Indigenen Papuaner in die Flucht trieben; nach Angaben von Human Rights Watch wurden bei den Militäroperationen auch Zivilist:innen durch Drohnenangriffe und den ungezielten Einsatz von Sprengstoff verletzt oder getötet. Auch im Jahr 2026 kam es in Papua zu erneuten gewaltsamen Zusammenstößen, bei denen bei Schießereien an einem Flughafen und in der Nähe von Bergbaukonvois mindestens drei Personen getötet und mehrere weitere verletzt wurden; die wiederkehrende Gewalt steht im Zusammenhang mit einem seit den 1960er Jahren andauernden separatistischen Konflikt um politische Selbstbestimmung und die Kontrolle über die rohstoffreiche Region.

Nach einem jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt zwischen der Bewegung Freies Aceh (GAM) und der indonesischen Regierung mündete ein Friedensabkommen von Helsinki 2005 in einer weitgehenden Gewaltbeendigung und der Einführung besonderer Autonomierechte für Aceh, einschließlich der Zulassung lokaler politischer Parteien und weitgehend freien Wahlen ab 2006; seitdem hat sich die politische Lage Acehs stabilisiert, und größere gewaltsame Auseinandersetzungen sind weitgehend ausgeblieben.

Die interne Instabilität Indonesiens als bevölkerungsreichstem Staat Südostasiens birgt potenzielle Auswirkungen auf die regionale Stabilität. Regionale Konflikte, die teils zur Herausbildung von Bürgerkriegsökonomien führten, sowie teilweise eigenständig agierende Sicherheitskräfte und Aktivitäten nichtstaatlicher Gewaltakteure – darunter mutmaßliche Mitglieder des al-Qaida-Netzwerks – hatten sicherheitspolitische Konsequenzen über Indonesien hinaus.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und den Bombenanschlägen auf Bali im Oktober 2002 ist islamistisch motivierter Terrorismus ein zentrales Thema im Sicherheitsdiskurs Südostasiens. Die Jemaah-Islamiyah-Gruppe, deren mutmaßlicher Anführer nach Angaben malaysischer und singapurischer Sicherheitskreise der indonesische Geistliche Abu Bakar

Bashir war, strebte die Errichtung eines regionalen Kalifats an, das neben Indonesien auch Malaysia, Singapur, Brunei und Teile der Philippinen umfassen sollte. Er wurde 2010 unter dem Verdacht verhaftet, Verbindungen zu einer extremistischen Gruppe in Aceh zu unterhalten, verbüßte eine Haftstrafe bis Januar 2021 und bekundete im August 2022 seine Loyalität gegenüber dem indonesischen Staat. Führende Mitglieder erklärten 2024 öffentlich die Auflösung der Organisation und ihre Abkehr von gewaltsamem Extremismus. Gleichwohl beobachten die indonesischen Sicherheitsbehörden weiterhin kleinere radikale Netzwerke und mögliche Abspaltungen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Indonesien ist ein südostasiatischer Inselstaat und erstreckt sich als Archipel mit über 17.000 Inseln zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean. Es grenzt maritim unter anderem an Malaysia, Papua-Neuguinea, Osttimor, Singapur, die Philippinen und Australien. Mit einer Fläche von rund 1,9 Millionen Quadratkilometern ist es der größte Inselstaat der Welt. Indonesien war bis 1945 eine niederländische Kolonie und erlangte nach einem Unabhängigkeitskrieg 1949 internationale Anerkennung. Mit über 270 Millionen Einwohner:innen ist es das viertbevölkerungsreichste Land der Welt und ethnisch sowie sprachlich stark diversifiziert; Amtssprache ist Bahasa Indonesia, daneben existieren mehrere hundert Regionalsprachen.

Indonesien ist ein wichtiger Rohstofflieferant und Handelspartner sowohl der EU als auch der Vereinigten Staaten. Es ist auch das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt. Indonesien liegt an den Hauptschifffahrtsrouten zwischen Europa, Afrika und dem Mittleren Osten einerseits sowie Ostasien und Australien andererseits.

Politische Situation in der Region

Südostasien ist teilweise instabil. Mehrere Länder der Region haben innere, teils äußerst gewaltsame Konflikte erlebt, darunter Myanmar, Indonesien und die Philippinen. Einige Regierungen gelten als politisch fragil; Die Rolle der Streitkräfte ist in vielen Gesellschaften der Region weiterhin problematisch. In Myanmar kam es im Februar 2021 zu einem Militärputsch, woraufhin landesweite Proteste ausbrachen, auf die die Sicherheitskräfte mit massiver Gewalt reagierten. Seit dem Militärputsch hat sich die Lage in Myanmar zu einem Bürgerkrieg entwickelt, in dem das Militär nur einen Teil des Staatsgebietes kontrolliert, während Rebellen und ethnische bewaffnete Gruppen große Gebiete halten und laut internationalen Beobachtungen Millionen Menschen vertrieben und über zehntausend Zivilist:innen getötet wurden. Im Januar 2026 erklärte ASEAN zudem, die von der Militärführung organisierten Wahlen in Myanmar nicht anzuerkennen.

Während vor dem 11. September 2001 ein möglicher Konflikt zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten – unter anderem im Zusammenhang mit Taiwan – als eines der größten Sicherheitsrisiken der Region galt, rückte danach und insbesondere nach den Bombenanschlägen von Bali am 12. Oktober 2002 sowie weiteren Anschlägen in den Jahren 2003 bis 2005 der Terrorismus stärker in den Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Debatte. Im Jahr 2023 verschärften sich die Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan. China führte unter anderem Einsätze in Taiwans Air Defense Identification Zone (ADIZ)

sowie großangelegte Marineübungen durch, was als Signal politischer Abschreckung gewertet werden kann.

Die Bemühungen Chinas, seine Position im Südchinesischen Meer auszubauen, werden von mehreren Anrainerstaaten kritisch beobachtet. In den vergangenen Jahren nahmen Zwischenfälle zwischen Schiffen verschiedener Staaten zu, wodurch die Eskalationsgefahr gestiegen ist. Zwar besteht auf keiner Seite ein offensichtliches Interesse an einer offenen militärischen Konfrontation, jedoch werden Chinas Aktivitäten zur Ausweitung seiner Präsenz im Südchinesischen Meer von anderen Anrainerstaaten mit Skepsis betrachtet. Der bedeutendste zwischenstaatliche Konflikt in der Region betrifft die Paracel- und Spratly-Inseln, die von Brunei, China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht werden. Im März 2024 setzte die chinesische Küstenwache gegen philippinische Versorgungsschiffe Wasserwerfer und andere Maßnahmen ein, zu denen Peking erklärte, sie dienten der Durchsetzung seiner Ansprüche in den umstrittenen Gewässern, während Manila dies als „provokativ und destabilisieren“ kritisierte. Eine Lösung erscheint zunehmend schwierig. Die Zusammenarbeit innerhalb der ASEAN ist in dieser Hinsicht begrenzt wirksam. Da China nicht Mitglied der ASEAN ist, eignet sich der Staatenbund nur eingeschränkt als Plattform zur Konfliktlösung.

Piraterie stellt in der Straße von Malakka und im Südchinesischen Meer weiterhin ein Sicherheitsproblem dar; Laut dem ReCAAP ISC Annual Report 2025 wurden im Jahr 2025 insgesamt 132 Vorfälle gemeldet, davon 108 allein in der Straße von Malakka und Singapur, was einem Anstieg von 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht und den höchsten Stand seit Beginn der Erfassung im Jahr 2007 darstellt.

Grenzkonflikte

Die Grenzziehung zwischen Indonesien und Malaysia war über viele Jahre umstritten. Der Internationale Gerichtshof sprach im Jahr 2002 die Inseln Sipadan und Ligitan Malaysia zu. Im Jahr 2023 unterzeichneten beide Staaten ein endgültiges Abkommen zur Beilegung offener Grenzfragen.

Die Grenze zwischen Indonesien und Osttimor ist in einzelnen Abschnitten weiterhin nicht abschließend geklärt. Im August 2025 nahmen beide Staaten jedoch formelle Verhandlungen über die Abgrenzung ihrer maritimen Grenze auf und bekräftigten ihre Absicht, diese im Einklang mit dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) friedlich zu regeln.

Auch die maritime Abgrenzung im Dreieck Indonesien–Australien–Osttimor ist nicht in allen Bereichen vollständig bestimmt. Die Region gilt aufgrund vermuteter Erdöl- und Erdgasvorkommen als wirtschaftlich bedeutsam. Bereits im März 2018 unterzeichneten Australien und Osttimor im Rahmen eines verpflichtenden UNCLOS-Schlichtungsverfahrens ein Abkommen zur verbindlichen Festlegung ihrer Seegrenze; Eine verbindliche maritime Grenzfestlegung zwischen Indonesien und Osttimor steht jedoch bislang noch aus.

Regionale Rüstungskontrolle

Neben dem 1995 unterzeichneten Vertrag von Bangkok, der die ASEAN-Mitgliedstaaten zur Einrichtung einer kernwaffenfreien Zone verpflichtet, bestehen in Südostasien keine weiteren umfassenden regionalen Rüstungskontrollvereinbarungen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Indonesien selbst sowie in den unmittelbaren Nachbarstaaten sind derzeit keine alliierten Streitkräfte dauerhaft stationiert. Auf den Philippinen sind hingegen rund 200 US-Soldat:innen im Rahmen der Operation Pacific Eagle – Philippines stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Indonesien ist mehreren zentralen internationalen Anti-Terrorismus-Übereinkommen nicht beigetreten. Dazu zählen unter anderem die Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, die Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983 sowie die Konvention zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde die indonesische Regierung wiederholt von Nachbarstaaten dazu aufgefordert, entschlossener gegen mutmaßliche islamistische Extremist:innen im Inland vorzugehen. Diese Aufforderungen blieben jedoch zunächst weitgehend unbeachtet.

Die Situation änderte sich dramatisch mit den Bombenanschlägen vom 12. Oktober 2002 auf Bali. Mitglieder der militant-islamistischen Gruppe Jemaah Islamiyah zündeten mehrere Sprengsätze in touristischen Einrichtungen, wobei 202 Menschen getötet und mehrere Hundert verletzt wurden. In der Folge intensivierten indonesische Ermittlungsbehörden in Zusammenarbeit mit ausländischen Expert:innen ihr Vorgehen gegen einheimische militant-islamistische Netzwerke. Seit den Anschlägen von Bali kam es wiederholt zu weiteren, meist

kleineren Anschlägen und bewaffneten Angriffen, unter anderem auf Polizeistationen, religiöse Einrichtungen und staatliche Symbole. Gleichzeitig verabschiedete die indonesische Regierung neue, weitreichende Anti-Terrorismus-Gesetze. Menschenrechtsorganisationen äußerten jedoch frühzeitig die Sorge, dass diese rechtlichen Instrumente aufgrund unklarer und weit gefasster Terrorismusdefinitionen auch zur Verfolgung politischer Gegner:innen missbraucht werden könnten.

Ähnlich problematisch ist auch das Anti-Terrorismus-Gesetz aus dem Jahr 2018. Zwar wurden mit der Reform einzelne rechtliche Verbesserungen eingeführt, aufgrund der weiterhin unklaren und weit gefassten Definition des Terrorismusbegriffs besteht jedoch nach wie vor die Möglichkeit, politische Aktivist:innen unter dem Vorwurf terroristischer Aktivitäten strafrechtlich zu verfolgen.

Darüber hinaus eröffnet auch das bereits 2008 verabschiedete Gesetz über elektronische Information und Transaktionen (Electronic Information and Transactions Law, EIT Law) erhebliche Spielräume für missbräuchliche Strafverfolgung. Das Gesetz verbietet die Verbreitung sogenannter „unsittlicher“ Inhalte, ohne diesen Begriff eindeutig zu definieren. Laut dem Jahresbericht 2021/22 von Amnesty International wurde das EIT Law bereits in mindestens 91 Fällen unrechtmäßig angewandt.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Indonesien ist zwar der Konvention und zwei Zusatzprotokollen gegen Transnationale Organisierte Kriminalität beigetreten, nicht aber dem Zusatzprotokoll gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen von 2005. Die organisierte Kriminalität ist ein gewichtiges Problem in Indonesien, einschließlich Piraterie, Warenschmuggel, Drogenhandel und Handel mit illegal gefälltem Tropenholz. Laut übereinstimmenden Berichten sind Mitglieder der Sicherheitskräfte an vielen dieser illegalen Aktivitäten beteiligt.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention, 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention, 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Indonesien übermittelte zwischen 1992 und 2008 regelmäßig Daten zu Rüstungsimpporten, jedoch nur unregelmäßig Informationen zu Rüstungsexporten an die Vereinten Nationen (UNROCA); Seit 2008 wurden jedoch keine weiteren Berichte mehr eingereicht. Im Rahmen des UN-Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben (UN MilEx) übermittelte Indonesien lediglich in den Jahren 2002 bis 2005 sowie 2009 entsprechende Daten.

Da das Land dem Arms Trade Treaty nicht beigetreten ist, erfolgt auch in diesem Rahmen keine Berichterstattung.

Im Rahmen des UN-Programms zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (Programme of Action on Small Arms and Light Weapons) legte Indonesien im Jahr 2020 erstmals wieder seit 2010 einen Bericht vor; seither wurden keine weiteren Berichte eingereicht.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Illegale Waffen in Indonesien stammen aus unterschiedlichen Quellen: Sie werden gestohlen oder illegal aus Beständen von Sicherheitskräften abgezweigt, entstammen früheren Konflikten, werden lokal produziert oder aus dem Ausland eingeschmuggelt. Studien verweisen darauf, dass Korruption innerhalb staatlicher Sicherheitsapparate sowie mangelnde institutionelle Koordination die Bekämpfung illegaler Waffenströme erheblich erschweren.

Malaysia gilt als Transitland für Waffenlieferungen aus anderen südostasiatischen Staaten nach Indonesien. Als archipelagischer Staat mit weitläufigen und schwer kontrollierbaren Seegrenzen ist Indonesien besonders anfällig für Schmuggel über maritime Routen.

Ein besonderes Risiko besteht im Bereich der Kleinwaffen. Berichten zufolge wurden solche Waffen von Angehörigen der Sicherheitskräfte an nichtstaatliche Gewaltakteure weitergegeben oder verkauft. Nach Angaben der Streitkräfte wurden 2022 insgesamt 27 entsprechende Fälle in sechs Provinzen aufgedeckt, im Jahr 2021 waren es zehn Fälle. Auch 2023 haben interne Untersuchungen des Militärs Soldat:innen überführt, die in illegale Waffengeschäfte mit Rebellen aus Papua-Neuguinea involviert waren.

Papua gilt dabei als Schwerpunktregion illegaler Waffenströme. Im März 2019 entwendeten Kämpfer:innen der Free Papua Organization bei einem Überfall auf das Dorf Windi im Bezirk Derakma vier Waffen des Militärs. Zwar tauchen auch in Aceh weiterhin illegal eingeführte Waffen auf, doch hat die Bedeutung der Provinz als Schwerpunktraum des Schmuggels im Vergleich zu früheren Jahrzehnten abgenommen; aktuell gelten insbesondere Papua sowie maritime Routen über Mindanao als relevantere Kanäle.

Im Jahr 2023 forderten Aktivist:innen zudem Untersuchungen zu möglichen illegalen Waffenlieferungen nach Myanmar. Dabei soll es konkret um drei staatliche Waffenproduzenten gehen, die besonders seit dem Militärputsch im Jahr 2021 in großem Maße Waffen nach Myanmar verschickt haben sollen.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Economically, Indonesia suffered less severely from the COVID-19 pandemic than its neighboring countries. The decision to avoid stringent, prolonged, and strictly enforced lockdowns, unlike countries such as Australia or the Philippines, proved effective in preventing more severe economic repercussions for both companies and the substantial informal sector of middle- and lower-class individuals. In 2021, the Indonesian economy managed to recover from the worst impacts of the pandemic, registering GDP growth of 3.7%. A growth rate of around 5% is anticipated for 2022, with relevant international financial institutions projecting robust annual growth rates of approximately 5% in subsequent years. Despite these relatively positive economic trends, Indonesia grapples with several structural weaknesses. These include an underperforming education system, inadequate environmental protection policies, and widespread corruption. The ongoing establishment of a public welfare state system through the Badan Penyelenggara Jaminan Sosial Kesehatan (BPJS) or Social Health Insurance Administration Body is a positive step, considering the sizable number of people with low incomes and poor living standards.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/IDN>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

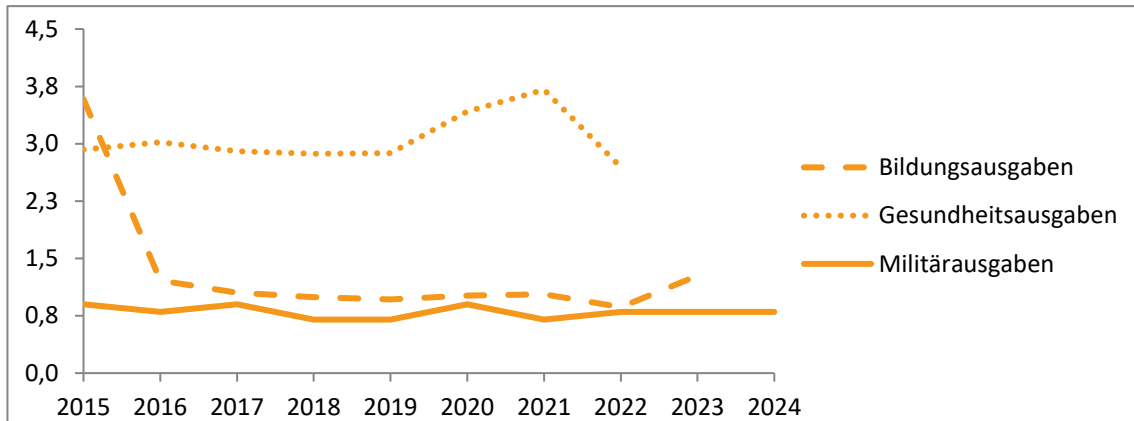
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	9856	8926	10236	11259	11214
Militärausgaben/BIP	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8
Gesundheitsausgaben/BIP	3,4	3,7	2,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	1,0	1,0	0,9	1,3	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 6

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	402380	417061	417868	396032	406054
Anteil am BIP (in Prozent)	36	39,4	35,2	30	29,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	-360,03	1373,4	578,17	628,74	-
Net ODA (% of GNI)*	-0,05	0,12	0,05	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	6,82	786,15	196,99	644,28	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2020	2021	2022	2023	2024
Militarisierungswert	64,4	58,0	62,2	66,2	65,1
Index-Platzierung	122	129	120	117	120

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2020	2021	2022	2023	2024
Malaysia	Militarisierungswert	82,6	82,1	80,6	77,2	77,1
	Index-Platzierung	98	97	97	106	103
Papua-Neuguinea	Militarisierungswert	36,3	33,5	36,8	33,3	32,1
	Index-Platzierung	144	149	145	148	149
Philippinen	Militarisierungswert	63,1	63,8	63,4	60,8	64,6
	Index-Platzierung	123	121	118	126	123

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2021	2022	2023	2024	2025
Malaysia	Militärausgaben (absolut)	3589	3686	3977	4378	4546
	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	1,0	1,0	1,0
Papua-Neuguinea	Militärausgaben (absolut)	85	125	95	92	109
	Militärausgaben/BIP	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4
Philippinen	Militärausgaben (absolut)	5517	5536	5154	5493	6300
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,3	1,2	1,2	1,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,714	0,710	0,707	0,726	0,728
HDI-Wert (Männer)	0,733	0,728	0,725	0,744	0,745
HDI-Wert (Frauen)	0,689	0,687	0,684	0,701	0,704

	2019	2020	2021	2022	2023
GDI-Wert	0,940	0,944	0,944	0,943	0,945

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in der Wirtschaft und Politik

Mit einer Erwerbsbeteiligung von 53,4 % sind deutlich weniger Frauen in den Arbeitsmarkt integriert als Männer (82,2 %). Indonesien liegt damit leicht über dem weltweiten Durchschnitt (49,1 %). Auch in Führungspositionen bleiben Frauen unterrepräsentiert, wenngleich die Anteile in Indonesien im weltweiten Vergleich sehr gut abschneiden: 31,8 % der Firmen hatten 2025 Topmanagement-Positionen weiblich besetzt (global: 19 %). Auch die Anteile bei Eigentümerschaften schneiden in Indonesien stark überdurchschnittlich ab: 59,4 % aller Firmen hatten eine weibliche Miteigentümerschaft (global :34 %) und sogar mehr als die Hälfte aller Firmen – 52,9 % – hatten sogar eine weibliche Mehrheitseigentümerschaft. In 12,3 % aller Firmen sind Frauen auch in Vorständen vertreten.

Laut Gender Development Index (GDI) zählt Indonesien allerdings nur zur Gruppe der Länder mit „mittlerer“ geschlechtlicher Gleichheit im Hinblick auf die HDI-Dimensionen. Der GDI setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern – basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen – ins Verhältnis zueinander. Ein Wert von 1 steht für vollständige Parität. Mit 0,945 liegt Indonesien sogar leicht unter dem globalen Durchschnitt (0,955). Entsprechend zeigen sich geschlechtsspezifische Entwicklungsunterschiede: Frauen haben zwar eine um 4,2 Jahre höhere Lebenserwartung und im Durchschnitt 0,6 mehr zu erwartende Bildungsjahre (voraussichtliche Bildungsjahre unter heute geborenen) als Männer. Allerdings haben sie derzeit noch eine 0,6 Jahre geringere durchschnittliche Bildungsdauer und vor allem ein sehr viel niedrigeres Einkommen. Hinsichtlich Einschulungsquoten haben Männer bei der Primärstufe die Nase vorne (94,1 ggü. 90,4 %), bei sekundärer und tertiärer Bildung sind Frauen allerdings im Vorteil (97,4 ggü. 94,7 und 49,9 ggü. 40,1 %). Deutliche Nachteile bestehen wie gesagt beim Einkommen: Kaufkraftbereinigt erzielen Männer (2023) 18.284 US-Dollar, Frauen nur 9.073 US-Dollar. Während die absolute Differenz sich in der vergangenen Dekade leicht erhöhte (2014: 7.112 US-Dollar; 2023: 9.210 Dollar), stieg das relative Einkommen von Frauen, gemessen am Einkommen von Männern, ebenfalls nur sehr minimal, um rund einen Prozentpunkt).

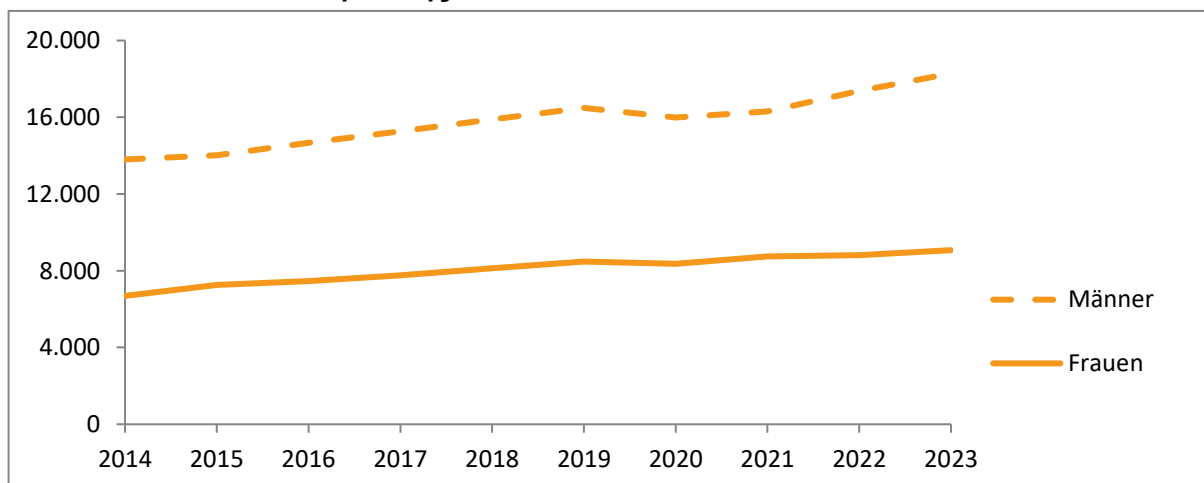
Der Gender Gap Report bewertet die Geschlechterunterschiede in Bildung und Gesundheit als gering, konstatiert jedoch deutliche Defizite in ökonomischer und insbesondere politischer Teilhabe. Im Parlament (Volksvertretungsrat; Dewan Perwakilan Rakyat) waren zuletzt nur 127 von 580 Sitzen weiblich besetzt (21,9 %). Auch waren nur 5 von 40 Ministerien (12,5 %) weiblich geführt. Entsprechend spiegeln sich Disparitäten auch im Gender Inequality Index (GII) wider, der unter anderem reproduktive Gesundheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Selbstbestimmung misst. Anders als beim GDI steht hier 0 für vollständige

Gleichheit und 1 für maximale Ungleichheit. Indonesien erreicht einen Wert von 0,423 und schneidet damit nur leicht besser ab als der weltweite Durchschnitt (0,455; Rang 108 von 172).

Das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0 zeigt, dass Indonesien sowohl bei der formalen rechtlichen Gleichstellung als auch bei der Umsetzung bzw. praktischen Maßnahmen durchschnittlich bis schlecht abschneidet: mit 56,2 von 100 Punkten liegt es hinsichtlich der Rechtsgrundlage weit unter dem globalen (67) sowie etwas unter dem regionalen Durchschnitt (59,8). Paradoxerweise schneiden insb. – entgegen den weiter oben dargelegten Anteilen – die Rechtsgrundlagen zu weiblichem Unternehmertum schlecht ab (25/100 Punkte); ebenso schlecht ist es demnach um das Ehe- und Scheidungsrecht bestellt. Volle Punktzahl erreichen lediglich Mobilitätsbestimmungen. Ähnliches gilt für die Fördermaßnahmen entsprechender Rechtsgrundlagen (56,7 Punkte): institutionelle Rahmenbedingungen für Gleichheit in Ehe und im Scheidung erreichen 0 Punkte; die Förderung von weiblichem Eigentum nur 12,5. Lediglich Fördermaßnahmen zur Lohngleichheit schneiden mit voller Punktzahl ab – die Effektivität scheint angesichts der dargelegten Einkommenslücke bisher dennoch mangelhaft zu sein. Im weltweiten und regionalen Vergleich schneidet Indonesien hier nichtsdestotrotz überdurchschnittlich ab (weltweit: 46,8; regional: 42,3). Eine Einschätzung der Wirkung der Maßnahmen in der Praxis durch Expert:innen zeigt weiterhin große Herausforderungen (45,3 Punkte). Hier erreicht keine Dimension volle Punktzahl: lediglich die Mobilitätsfreiheit von Frauen wird angemessen durchgesetzt (87,5). Insb. die Förderung weiblichen Unternehmertums sowie der Schutz vor Gewalt sind in der Praxis mangelhaft bewertet (18,75 bzw. 21,9 Punkte).

Schaubild 7

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index

Zusammenfassung zu Kriterium 8:

Indonesien gehört mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 4.910 US-Dollar zu den upper-middle income economies. Das Land hat keine ausstehenden Kredite beim IWF und weist mit einer Verschuldungsquote von 40,1 % des Nationaleinkommens keine übermäßig hohe Auslandsverschuldung auf. Allerdings liegt der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei mit 12,6 % am BIP relativ hoch (zeugt von einer gewissen Vulnerabilität hinsichtlich des Klimawandels). Die Arbeitslosenquote ist aber niedrig (3,3 %), die Inflation auch (2,2 %). Indonesien gehört mit einem HDI-Wert von 0,728 knapp zur Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“. In Bezug auf die Sustainable Development Goals (SDG) ist das Land recht gut aufgestellt und erreicht Rang 77 von 167 im weltweiten Ranking. Mit 0,8 % seines BIP gibt Indonesien vergleichsweise wenig für sein Militär aus. Auch konnte das Land Erfolge in Bildungs- und Gesundheitspolitik erreichen – nichtsdestotrotz sind auch die Gesundheits- und Bildungsausgaben mit 2,7 respektive 1,3 % am BIP sehr gering. Im Globalen Militarisierungsindex liegt Indonesien jedoch auf Rang 120 und liegt damit gerade so an der Schwelle zu „sehr schwach militarisiert“ (derzeit gilt es als „schwach militarisiert“).

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Indonesien zählt mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 4.910 US-Dollar (Atlas-Methode; Stand 2024) zur Gruppe der Upper-Middle-Income Economies. Das Land verfügt über keine ausstehenden Kredite beim Internationalen Währungsfonds und weist mit einer Staatsverschuldungsquote von 40,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens (IMF, Stand 2024) keine übermäßig hohe Verschuldung auf.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei tragen mit 12,6 Prozent vergleichsweise viel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Angesichts des Klimawandels bedeutet dies eine gewisse Vulnerabilität. Zu den wichtigsten Exportgütern zählen tierische und pflanzliche Fette und Öle, insbesondere Palmöl, mit einem Anteil von 14 Prozent an den Gesamtexporten sowie Öl, Gas und Kohle mit 12,4 Prozent. Elektrische Maschinen und Ausrüstungen machen weitere 10,45 Prozent des Exportvolumens aus.

Das Wirtschaftswachstum brach 2020 infolge der Covid-19-Pandemie leicht ein (-0,9 Prozent), erholte sich jedoch bereits 2021 wieder (+2,1 Prozent). Im Jahr 2025 lag das reale Wirtschaftswachstum bei 5,1 Prozent; für 2026 wird ein ähnlich robustes Wachstum von rund 5 Prozent erwartet. Die Inflationsrate lag zuletzt bei rund 2,2 Prozent (Stand: 2024) und bewegte sich damit auf einem niedrigen bis moderaten Niveau. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,3 Prozent im Jahr 2023 weist Indonesien zudem eine relativ niedrige Erwerbslosigkeit auf.

Soziale Entwicklung

Indonesien wird im Human Development Index (HDI) mit einem Wert von 0,728 der Kategorie der Länder mit hoher menschlicher Entwicklung zugeordnet. Zum Vergleich: Deutschland erreicht im gleichen Zeitraum einen Wert von 0,959 und zählt zur Gruppe der Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung. Die Nachbarstaaten Malaysia (0,819), Papua-Neuguinea (0,576) und Osttimor (0,634) gehören entsprechend zur Gruppe der Länder mit sehr hoher bzw. mittlerer menschlicher Entwicklung. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) spielt für Indonesien kaum noch eine Rolle. Mit lediglich 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens ist ihr Umfang marginal.

Im Sustainable Development Report 2025 belegt Indonesien Rang 77 von 167 Staaten und erreicht einen Indexwert von 70,22. Damit befindet sich das Land im oberen Mittelfeld, weist jedoch weiterhin strukturellen Verbesserungsbedarf auf. Größere Fortschritte wurden im SDG 1 (No Poverty) erzielt. Der Anteil der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze von 3,00 US-Dollar pro Tag (2021 PPP) lebt, sank von 6,7 Prozent im Jahr 2023 auf 5,4 Prozent im Jahr 2024. Auch im SDG 4 (Quality Education) konnten deutliche Verbesserungen verzeichnet werden. Moderate Fortschritte wurden im SDG 3 (Good Health and Well-Being), im SDG 6 (Clean Water and Sanitation), im SDG 7 (Affordable and Clean Energy), im SDG 8 (Decent Work and Economic Growth), im SDG 9 (Industry, Innovation and Infrastructure) sowie im SDG 14 (Life Below Water) erreicht. So stieg der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser bis 2022 auf über 94 Prozent. Die Alphabetisierungsrate junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren lag 2022 bei 99,8 Prozent. Bei den übrigen Nachhaltigkeitszielen ist die Entwicklung hingegen weitgehend stagnierend.

Mit 0,8 % seines BIP gibt Indonesien vergleichsweise wenig für sein Militär aus. Auch konnte das Land Erfolge in Bildungs- und Gesundheitspolitik erreichen – nichtsdestotrotz sind auch die Gesundheits- und Bildungsausgaben mit 2,7 respektive 1,3 % am BIP sehr gering. Im Globalen Militarisierungsindex liegt Indonesien jedoch auf Rang 120 und liegt damit gerade so an der Schwelle zu „sehr schwach militarisiert“ (derzeit gilt es als „schwach militarisiert“)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

